

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pro Nummer 10 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1.10 M., halbjährlich 2.10 M., jährlich 4.10 M., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 M. pro Monat, eingetragene in der Post-Zeitungspreisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erkhebt täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle über deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Beitritte und Veranlassungen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Insekte für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1988.

Wittwoch, den 2. September 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Jungbürgerliche Strömungen.

Raum hat der nationalsozialistische Vertretertag in Göttingen seine Beratungen geschlossen, die mehr die allgemeine Konfusion und Diffusion der kleinen Gruppe verrieten, als sie der großen „Fusion“ des Liberalismus dienen, so haben in Mannheim andere Leute das Spiel wieder begonnen, das gerade erst in Göttingen geendet hatte. Die „Jungliberalen“ haben in Mannheim ihren Vertretertag abgehalten.

Diese Jungliberalen haben sich nun allerdings nicht als eine besondere Partei konstituiert. Ganz im Gegenteil versuchen sie in der nationalliberalen Partei eine ähnliche Rolle zu spielen wie jene, die sich die getreuen Nationalsozialisten innerhalb der freisinnigen Vereinigung neuerdings zunutzen. Sie nehmen es sich vor, innerhalb ihrer Partei das radikalere Element zu repräsentieren, und den alten Körper mit dem Geiste der Demokratie und der bürgerlichen Socialreform zu durchdringen. Wie bei den Nationalsozialisten steht es aber auch bei ihnen außer Frage, daß ein solcher Umwertungsprozess nichts von dem kritisch antonien dürfe, was der Jargon der Ordnungsparteien „die heiligsten Güter der Nation“ nennt. Sie sind Dogmenfanatiker des Chauvinismus, unentwegte Anhänger des nationalen Parademilitarismus und starre Doktrinäre der Monarchie.

Desto lauter beklagen sie sich über den Dogmenfanatismus der Socialdemokratie und verfolgen mit denselben traumhaften Hoffnungen wie die Nationalsozialisten die innere Entwicklung der deutschen Arbeiterpartei. Herr Jöphel brachte es fertig, in einem Referat „Praktische Gedanken über die Socialdemokratie“ zu erklären, wie leicht werde es dem „Revisionismus“ gelingen, seinen Teil der heutigen, ihrer Natur nach dem Liberalismus feindlich entgegenstehenden Socialdemokratie zur Demokratie umzugestalten. Dann könne mit ihr gerechnet werden.

Herr Jöphels Ausdruck erinnert nun allerdings stark an jene fleißige Bemerkung, wonach des Lebens Unverständnis mit Wehmut zu genießen, Tugend und Begriff ist. Weder giebt es einen Revisionismus, der die Socialdemokratie zur Demokratie umgestalten will, noch steht die Socialdemokratie, soweit ihre politische Programm in Betracht kommt, ihrer Natur nach dem Liberalismus feindlich gegenüber, vielmehr hat sich der Liberalismus selbst in einen sehr unnatürlichen Gegensatz zur politischen Demokratie gestellt, die heute in Deutschland nur mehr von den Socialdemokraten ernstlich vertreten wird. Zum wirtschaftlichen Liberalismus, zur Manchestertheorie, wird sich aber auch Herr Jöphel als Jungliberaler schwerlich bekennen wollen.

Es wäre Zeitvergeubung, über solche Selbstverständlichkeiten noch viele Worte zu verlieren, wenn nicht eben unsere Gegner aus der Verwirrung der einfaches Thatsachen die Argumente zögen, mit denen sie ihre einseitige Klassenpolitik zu begründen versuchen. Man hat sich nämlich in Mannheim auch mit viel praktischeren Dingen beschäftigt, als mit Herrn Jöphels „praktischen Gedanken“ — mit den preussischen Landtagswahlen. Von den vertraulichen Verhandlungen, die über diesen Punkt gepflogen wurden, glaubt die „National-Zeitung“ nur das Folgende verraten zu dürfen:

Von der Aufstellung einer Resolution über die Taktik bei den Wahlen, wie sie ursprünglich auf Grund eines Antrages Adin in einigen Kreisen der Delegierten beabsichtigt gewesen war, wurde ganz abgesehen. Eine solche taktische Resolution wurde namentlich auch von Seiten solcher Jungliberaler als überflüssig erklärt, die im übrigen in der folgenden Diskussion energisch dafür eintraten, daß die nationalliberale Partei durch eine rücksichtslos liberale Politik sich selbst aus eigener Kraft eine Stärkung ihres Einflusses erlinge. Man begnügte sich weiterhin auch Angesichts der Thatsache, daß es sich um eine den Reichsverband nicht direkt berührende, speziell preussische Angelegenheit handle und daß der bevorstehende Parteitag der preussischen Nationalliberalen in Danmober, zu dem auch jungliberale Vertreter erscheinen werden, die Stellung des Liberalismus im nahenden Kampf klar präzisieren werde, mit einer freimütigen Aussprache im Kreise der Delegierten des Jungliberalismus und des nationalliberalen Centralvorstandes. Zahlreiche jungliberale Redner geißelten mit großer Schärfe die reaktionären Zustände Preußens in Regierung und Verwaltung und forderten die Abgeordneten der Partei in Reichstag und Landtagen eindringlich auf, überall da, wo es die Aufhebung von Schäden und Mißständen gelte, die Initiative zu ergreifen. Die anwesenden Abgeordneten, von denen sich Dr. Sattler, Dr. Hieber, Dr. Deinhard und Dr. Wötiger an der Debatte beteiligten, waren mit den Jungliberalen vollkommen einig in der Forderung, daß ein zielbewusstes und kraftvolles Ausreten gegen die konservativ-ultramontane Mehrheit im preussischen Landtag erste und dringendste Pflicht der nationalliberalen Fraktion sei, daß die Reaktionen, wo sie auch zu suchen seien, entschieden, als es bisher geschehen, bekämpft werden müßten. Speciall Abgeordneter Dr. Sattler, dessen längere und klare Rede lebhaften Beifall der ganzen Versammlung fand, charakterisierte die Konservativen als eine Partei, die im Lauf der Jahre bei ihrer Politik immer mehr die Rücksicht auf den Gesamtorganismus, die staatlichen Gesichtspunkte hätte in den Hintergrund treten lassen. Sie seien heute eine wirtschaftlich-egoistische Gruppenpartei geworden, ihr Programm sei Agrarismus und Orthodoxismus. (Stürmischer Beifall.) Auch die nationale Gesinnung sei bei einzelnen nicht ganz einwandfrei, es genüge, an Ranig und die Röhne zu erinnern. Diese bedauerliche Entwicklung lege der nationalliberalen Partei mit doppelter Schwere die Pflicht auf, im Dienste des Gesamtorganismus zu wirken, eine politische Partei zu bleiben, was die Konservativen nicht mehr seien. Abg. Dr. Hieber sprach hauptsächlich über die socialpolitische Wirksamkeit der Jungliberalen und der Gesamtpartei und gab seinem tiefen Bedauern über die Niederlage des Führers in der Socialpolitik, des seitherigen Abg. Wallermann Ausdruck. Er forderte die Jungliberalen auf, den politischen Idealismus, der gern mit eigener Kraft sich erporzuringen

strebt, sich zu bewahren und die unerfreulichste Seite in der politischen Thätigkeit einer Minderheitspartei, die Fragen der Taktik, ihren älteren Parteigenossen zu überlassen.

Der nationalliberalen Jugend ist das verjährbare Recht auf jugendliche Begeisterung zugesprochen worden, dagegen soll sie die Taktik der Partei älteren Geschäftsleuten überlassen. Aus dem Berichte der „National-Zeitung“ geht mit keinem Wort hervor, daß sich die Jugend — die ja auch nicht mehr gar so jung ist, denn ihr Führer, Reichstags-Abgeordneter Dr. Wötiger, zählt bereits vierzig Jahre — gegen eine so sonderbare Verteilung der Befugnisse irgendwie auflehnt hätte. Daß der „Nud nach links“, den Herr Sattler jetzt in Mannheim prophezeit, anders ausfallen wird als jener, den Herr Wallermann einst in Jena proklamierte — es gehört wahrhaftig eine ganz gehörige Portion von „politischem Idealismus“ dazu, um das zu glauben!

Wäre es den Nationalliberalen, Jungen und Alten, ernst mit der Bekämpfung jenes junckerlich und clerikal-reaktionären Regiments, das in Preußen nicht nur das Proletariat niederhält, sondern auch die realen Interessen der Bourgeoisie nach Kräften unterdrückt, dann hätten sie es nicht nötig, mit ihrer Taktik hinterm Berge zu halten. Die Socialdemokratie erstreckt ihren Eintritt in den preussischen Landtag, um praktische Politik zu treiben. Sie will für freies Wahlrecht, für gute Schulen, eine bessere Gemeinde-Ordnung, humane Rechtspflege und tausend andre Dinge kämpfen, die dem Wohl des Volkes dienlich sind. Dazu brauchen sich noch lange nicht jene aberwitzlichen Erwartungen erfüllen, die die Jungliberalen an den „Revisionismus“ knüpfen. Wenn man aber erst warten will, bis der „Revisionismus“ seine fabelhaften Ziele erreicht hat, so verlegt man den Nud nach links abermals drei Meilen hinter Weisnachten, und die Rebellion der bürgerlichen Ideologie gegen das antiproletarische Klasseninteresse des Bürgertums endet wie immer noch mit einer kläglichen Niederlage.

Der socialdemokratische „Dogmenfanatismus“ aber wird abermals seinen sichern Vorteil davon haben. Daß doch die, die gegen das Dogma des Klassenkampfes mit Worten streiten, es niemals unterlassen können, es seine Richtigkeit durch Thaten zu beweisen!

Schließlich nahm man eine Resolution an, worin erklärt wird, daß die Jungliberalen für eine Abänderung des „Bestehenden und erprobten Wahlrechts“ niemals zu haben sein werden.

Das klingt sehr bestimmt. Hoffentlich bleiben die Jungliberalen auch immer jung und überlassen die taktische Behandlung der Wahlrechtsfragen nicht ihren älteren Parteigenossen um Hieber und Vahn.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. September.

Mit mehr als 30 Millionen Defizit

schließt die Endrechnung des Reiches für das Rechnungsjahr 1902. Im ganzen sind an ordentlichen Einnahmen, soweit sie dem Reiche verbleiben, 21 988 127,74 M. weniger ausgenommen. Da die Mehrausgaben 8 734 393,90 M. betragen, so ergibt sich ein Nettobetrag von 30 722 521,64 M.

Von den Etatsüberschreitungen sind zu erwähnen: 102 000 M. beim Reichstag, darunter die außeretatmäßigen 48 000 M. für die Mitglieder der Vollkommission.

698 000 M. hat das Auswärtige Amt mehr verausgabt, als ihm zugestanden war.

Das Reichsamt des Innern hat im ganzen nur 82 000 M. mehr verbraucht, ja der Reichszuschuß auf Grund des Invalidengesetzes ist sogar um 316 000 M. geringer, als im Etat veranschlagt war. Die socialpolitischen Ausgaben sind die einzigen, die im Etat höher angelegt wurden, als sie wirklich betragen; das dient offenbar zur kulturellen Verschönerung des Anschlags.

Für das Reichsheer sind einschließlich der mit einer Ersparnis von 2 191 000 M. abschließenden Titel des allgemeinen Pensionsfonds bei den fortwährenden Ausgaben zusammen 3 262 000 M., bei den einmaligen Ausgaben 297 000 M. mehr erforderlich gewesen, während an Einnahmen 1 626 000 M. mehr aufgenommen sind. Das Gesamtergebnis stellt sich somit gegen den Etat beim Reichsheer um 1 933 000 M. ungenügender. Im einzelnen sind erheblichere Mehraufwendungen — wie es im offiziellen Bericht heißt — nicht zu umgehen gewesen bei der Militär-Justizverwaltung, beim Generalstab und Landesvermessungswesen, bei der Naturalverpflegung (3 479 000 M.), beim Garnisonverwaltungs- und Serviswesen, beim Militär-Medizinalwesen, bei der Pferdebeschaffung, bei den Meistlohn- und Lagergeldern, Vorspann- und Transportlohn, bei dem Fonds zu Festungsanlagen und Sinednungsarbeiten sowie für den Neubau der Kriegsschule zu Potsdam. Diesen Mehrausgaben stehen nennenswerte Ersparnisse gegenüber bei der Geldverpflegung, bei der Verpflegung der Ersatz- und Reservemannschaften, beim Artillerie- und Waffengewesen und bei Neubauten von Kasernen.

Man wird gut thun, diese großen Etatsüberschreitungen der Militärverwaltung im einzelnen genau nachzuprüfen. Die Mehrausgaben für die Naturalverpflegung deuten auf die gesteigerten Lebensmittelpreise hin.

In der Marineverwaltung sind 728 000 M. über den Etat hinaus verausgabt worden, die zum Teil durch das Venezolanische Abenteuer entstanden sind. Die Etatsüberschreitung beim Reichs-Marineamt wäre aber noch viel größer, wenn man nicht einfach einen Etatüberschlag ganz gestrichen hätte: Es waren 1 100 000 M. für die Einrichtung des Schiffes „Marie“ als Artillerie-Schulschiff gefordert und bewilligt worden. Man hat nun auf diese Einrichtung verzichtet. Es ist eine grobe Inzulässigkeit, daß man im Anschluß große Summen fordert für Zwecke, die dann gar nicht erfüllt werden, und diese Summen für andre Ausgaben, als für die sie bewilligt waren, verwendet.

Die Verwaltung und Verzinsung der Reichsschuld hat mit einer Mehrausgabe von 2 823 000 M. abgeschlossen.

Beim allgemeinen Pensionsfonds sind 2 008 000 M. erspart worden.

Beim Reichs-Invalidenfonds sind infolge der verstärkten Fürsorge für die Kriegsinvaliden 2 001 000 M. Mehrkosten entstanden, denen ein Minderaufwand für einzelne Ausgabezwecke in Höhe von 279 000 M. gegenübersteht. Da zur Deckung der sich hiernach ergebenden Mehrausgabe von 1 722 000 M. aus Mitteln des Reichs-Invalidenfonds nur 781 000 M. verfügbar waren, so mußten 941 000 M. zunächst aus ordentlichen Mitteln des Reiches gedeckt werden. Bei Aufstellung des Etatsentwurfes für 1904 wird die nachträgliche etatsmäßige Bereitstellung der Ueberföhrung beim Reichs-Invalidenfonds in Erwägung kommen.

Im ganzen werden bei den in Betracht kommenden Fonds die Minderansgaben durch die Mehrausgaben um 8 734 393,90 M. überschritten.

Die Einnahme an Zöllen und Tabaksteuer hat gegen das Etats-soll 13 860 000 M. mehr eingebracht. Bei den den Bundesstaaten sonst noch zulehenden Steuererträge sind an Verbrauchsabgabe für Branntwein 3 253 000 M. und an Reichssteuerabgaben 2 203 000 M. weniger aufgenommen, so daß sich im ganzen ein Mehrertrag von 8 404 813,57 M. ergibt.

Dieser Mehrertrag mußte nach § 1 des Gesetzes vom 28. März 1903 zur Tilgung der durch den Reichshaushalts-Etat für 1903 bewilligten Zuschüsse zurückbehalten werden, so daß den Bundesstaaten nur der etatsmäßig festgestellte Betrag zu überweisen war. Die Schaumweinsteuer, deren Erträge im Etat noch nicht berücksichtigt werden konnten, hat 2 750 000 M. erbracht. Bei der Brennsteuer, welche in der Gestalt von Vergütungen für ausgeführten oder zu gewerblichen Zwecken verwendeten Branntwein wieder zur Verausgabung gelangt, sind zunächst 4 818 000 M. mehr vereinnahmt als verausgabt worden.

Gegen den Voranschlag zurückgeblieben ist die Einnahme aus der Zuckersteuer um 16 731 000 M., aus der Raifschottsteuer um 917 000 M., aus der Branntwein um 2 464 000 M. und aus der Wechselstempelsteuer um 788 000 M.

Die Betriebsverwaltungen — mit Ausnahme der Reichsdruckerei — sind mit ihren Ueberschüssen hinter den Etatsausgaben zurückgeblieben. Bei der Post- und Telegraphenverwaltung beträgt der Ausfall 3 397 000 M., und zwar 3 602 000 M. Minder-einnahme, namentlich an Porto- und Telegraphengebühren, gegen 205 000 M. Ersparnis bei den fortwährenden Ausgaben. Bei der Verwaltung der Reichseisenbahnen steht einer Mehrausgabe von 967 000 M. nur eine Mehreinnahme von 823 000 M. gegenüber, so daß sich ein Minderüberschuß von 644 000 M. herausstellt.

Die Reichsdruckerei hat bei einer Mehreinnahme von 891 000 M. und einer Minderausgabe von 256 000 M. einen Mehr-überschuß von 647 000 M. abgeliefert. Die Mehreinnahme ist im wesentlichen zurückzuführen auf verstärkte Herstellung von Postwertzeichen.

Gegen den Etatsanschlag sind ferner zurückgeblieben die Einnahmen aus dem Bankwesen um 9 093 000 M. Die verschiedenen Verwaltungseinnahmen haben unter Einrechnung der oben bereits erwähnten Mehrerträge bei der Militärverwaltung, beim Reichsschatzamt und beim Patentamt sowie der Minder-einnahme bei der Marineverwaltung insgesamt 8 897 000 M. mehr ergeben.

Alles in allem ein Abschluß des wirtschaftlichen Niederganges und der finanziellen Mißwirtschaft! —

Deutsches Reich.

Zur Wahlreform in Sachsen.

Vorstand und Ausschuß des Landesvereins der Freisinnigen Volkspartei im Königreich Sachsen haben am Sonntag in Dresden zur Wahlrechtsfrage dieselbe Resolution angenommen, die schon von einigen Ortsvereinen der Partei angenommen worden ist. Sie lautet:

„Die Freisinnige Volkspartei im Königreich Sachsen erklärt sich gegen jedes Klassen-, Stände- und Berufswahlrecht für die sächsische Zweite Kammer. Sie fordert in erster Linie Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für die Wahl der Abgeordneten der Zweiten Kammer unter proportionaler Verteilung der Mandate unter die konkurrierenden Parteien, in zweiter Linie Rückkehr zum früheren Landtags-Wahlrecht unter Aufhebung der Drittels-Majorität und proportionaler Verteilung der Mandate nach Maßgabe der für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmenzahlen. In jedem Fall fordert sie geheimes und direktes Wahlrecht. Sofern man nicht auf Einführung der Proportionalwahlen (z. B. nach Kreishaupmannschaften) oder Reineinteilung der Wahlkreise zustimmen sollte, ist der städtischen Bevölkerung wenigstens eine gerechte Vertretung in der Zweiten Kammer zuzubilligen. Die Freisinnige Volkspartei fordert weiter Aufhebung, zum mindesten aber zeitgemäße Reform der sächsischen Ersten Kammer. In derselben müssen, so lange sie fortbesteht, neben der Landwirtschaft auch die übrigen Verufe eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung finden. Die Wahlen sind am Sonntag und mittels Wahlbriefs zu vollziehen.“

Die Freisinnigen in Sachsen können sich schon etwas Radikalismus leisten, da sie schwierig in die Lage kommen werden, ihn praktisch zu betheiligen. Die einzige Gelegenheit dazu wäre, daß sie bei den bevorstehenden Landtagswahlen für die Socialdemokraten stimmen.

Die Resolution soll der Regierung überreicht werden, die sie ihrem Archiv einverleiben wird.

Wer nicht fluchtverdächtig ist. Während unser Genosse Leid wegen eines Delikts, das er nicht begangen, und wegen fluchtverdächtig, der durch nichts begründet ist, noch immer in der Untersuchungshaft festgehalten wird, ist in Dresden wieder ein Bankwandler, der Geh. Kommerzienrat Sahn, aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Er hat bloß 100 000 M. Kautions stellen brauchen, deren Verlust er leicht verschmerzen kann.

Dahn gehörte zu den Mannmuth-Ausschreitungen: er „beaufschlagte“ 27 Aktiengesellschaften; kein Wunder, daß er bei solcher „Ueberschreibung“ Bilanzen fälschte und sonstigen Betrug verübte. Von dem ergamerten Reichthumern wird er 100 000 M. auf sein Ankosten-Conto huchen und das Ausland aufsuchen, sofern er seine Sache für bedenklich hält.

Man muß in Deutschland schon ein Bankwandler oder Kur-pfucker sein, um das Vertrauen der Gerichte zu genießen! —

Bauschwinder im Gefängnis. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ hatten Mitteilung gebracht über die Behandlung des ehemaligen Vordirektors Exner in der Strafanstalt Zwickau. Sie enthalten darauf folgende Zuschrift:

Zwickau, am 28. August 1903. An die Redaktion der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ zu Leipzig. Die in Nummer 238 Ihrer Zeitung über den ehemaligen Vordirektor Exner enthaltene Notiz ist geeignet, irrthümliche Auffassungen zu erwecken, insofern sie auf die demselben gewährte „Selbstbeschäftigung“ Bezug nimmt. „Selbstbeschäftigung“ kann allen zu Gefängnisstrafe Verurteilten gewährt werden, bei denen die nach der Hausordnung bestimmte bezugten Voraussetzungen dazu gegeben sind, keineswegs nur solchen Gefangenen, welche wegen Verbrechen Strafe verbüßen. Da jene Voraussetzungen bei Exner vorliegen, so durfte sich die Anstaltsdirektion nicht für ermächtigt halten, den Antrag des Genannten auf Gewährung der — übrigens unaußgesetzter Kontrolle unterworfenen — Selbstbeschäftigung, welche als eine besondere „Vergünstigung“ nicht anzusehen ist, abzulehnen. Besondere „Vergünstigungen“ erhält Exner in der Strafanstalt nicht, er trägt die Kleidung und genießt die Kost aller übrigen Gefangenen. Königl. Anstaltsdirektion. Höfner.

Als ehemalige Bürger der Zwickauer Strafanstalt können wir die selbstworbene Erfahrung zum besten geben, daß Gefangene, die wegen Verbrechen in Zwickau eingesperrt wurden, sich dennoch die Selbstbeschäftigung erst durch Wohlverhalten als Vergünstigung erwerben mußten. Uns sind drei Fälle bekannt, wo socialdemokratische Redakteure, die Gefängnisstrafen von vier und fünf Monaten wegen Verbrechen zu verbüßen hatten, die Selbstbeschäftigung erst nach verschieden langer Zeit, dem einen erst nach zwei Monaten, als Vergünstigung gewährt wurde. Es scheinen danach bei Verhältnissen die Voraussetzungen für Gewährung der Selbstbeschäftigung doch nicht so günstig zu liegen wie bei Bauschwindlern. Mit der Kleidung und der Kost aller übrigen Gefangenen müssen sich Verhinderer in Zwickau obendrein auch noch befriedigen. Und am Ende wird solchen auch noch bei der Entlassung die Wohnung, sich zu bessern, mit auf den Weg gegeben. Möglich, daß dem Bauschwinder diese Vergünstigung nicht zu teil wird. —

Der deutsche Städtetag ist am Dienstag in Dresden eröffnet worden. Seitens der Berliner Stadtverordneten-Versammlung sind u. a. unsere Genossen Singer und Vörgmann abgeordnet worden.

Auch der Kaiser hatte sein Erscheinen angekündigt. Dresden prangte in dem üblichen patriotischen Flaggenschmuck. Er hat aber am Dienstagmorgen höchlich telegraphisch abgesetzt und seinen ältesten Sohn auf den Städtetag geschickt. —

Der Reichstag an Fürstbesuchen entlockt selbst den erzkonservativen „Berliner Neuesten Nachrichten“ einige nicht gerade reißerliche Betrachtungen; sie schreiben über den reisenden Monarchismus u. a.:

„Seit Menschengedenken ist wohl kein Jahr gewesen, in dem so viel Monarchenbesuche stattgefunden, wie das heuer der Fall ist. Der deutsche Kaiser war im Frühjahr in Kopenhagen und Rom; der König von England besuchte Portugal, Italien und Frankreich, Präsident Loubet stattete darauf Gegenbesuche in London ab, wo auch der König von Portugal sich einfindet. König Victor Emanuel hat noch eine Reise nach Paris vor. Augenblicklich weilt König Eduard beim Kaiser Franz Joseph in Wien. Mitte resp. Ende September kommen Kaiser Wilhelm und der Zar nach der österreichischen Hauptstadt, letzterer geht weiter nach Rom. Ferner ist im Herbst aus Anlaß des vierzigjährigen Regierungsjubiläums des Königs von Dänemark große Fürsterversammlung in Fredensborg; der Kaiser von Rußland, der König von England u. a. treffen dort zusammen. Später geht der Zar nach Darmstadt und dürfte dort eine Begegnung mit dem deutschen Kaiser haben. Bei dieser Menge kann eine fehlende Nummer auffallen: Der König von England kommt nicht nach Berlin, wo er seinen offiziellen Antrittsbesuch noch schuldet.“

Woraus zu schließen ist, daß nach der Meinung des Scharfmacherblattes nur noch diejenigen Fürstbesuche einige Bedeutung haben, die — unterlassen werden. —

Höchste Zerstreuung. Auf dem jungnationalliberalen Vertretertag in Mannheim, über den wir an anderer Stelle ausführlich berichteten, erklärte Generalsekretär Dreihaupt im Auftrag des Abg. Zuchow erdt in Magdeburg, daß diesem nicht ersichtlich sei, für Herrn Dr. Siebesbrecht Pläne einen Beitrag gegeben zu haben.

Es ist immer noch ein Glück zu nennen, daß dieser Herr Zuchow erdt, gegen den der Univeritätsprofessor der „fliegenden Blätter“ immer noch ein Wunder von Geistesgegenwart ist, nicht im Reichstag sitzt. Der Mann hätte dort am Ende aus purer Zerstreuung für eine Wahlrechtsverschlechterung gestimmt. —

Arbeiter verbeten — Beamten heran!

Zu unserer Notiz in der Sonntagsnummer „Arbeiter verboten“ wird uns aus Erfurt geschrieben:

„Die hiesigen Fabrikbesitzer werden dem Wunsch des General-Kommandos gar nicht Rechnung tragen können, aus dem einfachen Grunde, weil die Arbeitererschaft, soweit sie nicht den Arbeiter- oder sonstigen Alimbinvereinen angehört, gar keine Neigung zur Schlichtendummerei hat. In den Kreisen der Beamten freilich ist Neigung dafür vorhanden, und verschiedene Stimmen werden bereits in der Presse laut, die das Schließen der Bureaus wünschen. In einigen Fällen sind auch bereits Zusagen gemacht. Bei der hiesigen Eisenbahn-Direktion und auch bei der Gewerkschaft dürfte man in eine arge Zwicknische geraten, wenn man für die Herren Beamten den Tag freigebe und die Arbeiter ruhig schlafen ließe. In diesen Betrieben verlangt man doch von den Arbeitern, daß sie bis auf die Knochen patriotisch sein sollen und wie deprimierend müßte es doch auf die Arbeiter wirken, wenn nur den Beamten gestattet würde, ihren Patriotismus am Tage der Kaiserparade zur Schau zu tragen. Man ist sich deshalb auch über die Freigabe für die Beamten noch nicht ganz schlüssig.“

Daß den Kommunal- und Regierungsbeamten der Tag freigegeben wird, sieht wohl außer allem Zweifel. Wenn die Herren Beamten, sofern sie nicht zu den höheren und höchsten gehören, sich die Parade ansehen wollen, werden sie sicher Gefahr laufen, von einem Feldgenossen oder mit einem Ringkragen versehenen andern Mann in respektvolle Entfernung zurückgedrängt zu werden, damit sie nicht etwa — Flurschaden anrichten, der, nebenbei bemerkt, ja gar nicht mehr angerichtet werden kann, weil der eigentliche Paradeplatz auf Kosten der Steuerzahler so feierlich planiert worden ist.

Die Plätze auf den Zuschauertribünen, von denen man überhaupt nur etwas sehen kann, sind selbstverständlich nur für die Reichen bestimmt, denn die Presse, die dafür gezahlt werden müssen, birgen dafür, daß nicht etwa der Vöbel davon Besitz ergreift. Die Klasseneinteilung zeigt aber auch, daß „Art neben Art“ zu sitzen kommen soll. Die Preise der Plätze sind folgende: Sitz mit Lehne 10 M.; ohne Lehne und selbstverständlich im Hintergrunde 6, 5 und 4 M. Unbemittelte Schlachtenbummler, die Waulaffen feil halten wollen, werden also höchstens geknufft und gepufft werden, ohne etwas zu sehen, ja, noch nicht einmal ein Glas Bier werden sie bekommen, denn im weiten Umkreise dürfen geistige Getränke nicht verkauft werden, weil die Militärbehörde es so haben will. —

Ein konservativer Urteil über den Kommunalstreik. In einer Notiz gegen die „National-Zeitung“, die aus Anlaß des Städtetages von der Thätigkeit des Kommunalstreiks schrieb, daß ihn „nicht ganz unbedienter Tadel“ schon getroffen habe, sagt die „Kreuz-Zeitung“:

„Wir möchten das nicht so milde ausdrücken. In seiner Domäne, in Berlin, hat sich der Kommunalstreik als ganz und gar unfähig für eine wirklich sociale Kommunalpolitik gezeigt. Was die „National-Zeitung“ als socialhygienische

Leistungen preist — Wasserleitung, Kanalisation, Straßenreinigung, Schlachthöfe, Markthallen, Verschüttung alter Stadtgräben und vieles andre — darin ist Berlin ja groß. Könnte man aber unterfragen, wie weit die Angst um das eigne Leben und die eigne Gesundheit das Motiv für diese Thätigkeit der Stadtväter ist und wie viel ein gesunder socialer Altruismus dazu beigetragen hat, man würde gewiß zu wenig schmeichelhaften Resultaten kommen. Jedenfalls sind hygienische Verbesserungen kein Maßstab für die sociale Einsicht einer Stadterwaltung.“

Wir benutzen mit Vergnügen dieselbe Gelegenheit, zu erklären, daß wir dem Urteil der „Kreuz-Zeitung“ in diesem Punkte durchaus zustimmen. —

Für die Sicherung der Wahlfreiheit tritt die „Post“ ein, leider mit unangenehmen Mitteln. Sie schreibt über sogenannten socialdemokratischen Wahlerkorrismus:

„Ermöglicht wird dieser Terrorismus allein durch die politische Thätigkeit der Gewerkschaften, die sich zu rein politischen Organisationen der Unsturzpartei entwickelt haben. Im Interesse des socialen Friedens und der politischen Meinungsfreiheit des Einzelnen muß dieser politischen Zwangsherrschaft der unter der falschen Flagge der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder stehenden Organisationen entgegengetreten werden. Erst wenn die Arbeiterkraft von diesem Zwange befreit worden ist, wird für sie die Möglichkeit einer unabhängigen Stimmabgabe bei den Wahlen gewährleistet sein. So lange dieser Zwang bestehen bleibt, wird freilich auch die Einführung der Wahlfrist der Socialdemokratie, wenigstens innerhalb der Arbeiterkraft, keinen Abbruch zu thun vermögen, da dann auch die jetzt der Wahl fernbleibenden Arbeiter unter der Kontrolle ihrer „Genossen“ gezwungen sein würden, socialdemokratische Wahlzettel abzugeben.“

Weil die Arbeiter bei den Wahlen einem struppelosen Terrorismus ausgesetzt sind, deshalb sind wir stets so entschieden für Maßregeln zur Sicherung des Wahlgeheimnisses eingetreten, und deswegen fordern wir auch die Beseitigung der öffentlichen Abstimmung bei den Wahlen zum Landtage und zur Gemeinde, wo der Terrorismus seine höchsten Triumphe feiert. Die „Post“ hat wohl, wie man ja so häufig das Nächstliegende übersehen, an diese Kleinigkeit nicht gedacht. Wir haben deswegen auch so entschieden die erpresserischen Maßnahmen verurteilt, die bei der Reichstagswahl besonders in agrarischen Wahlbezirken angewandt wurden, mit Hilfe zu keiner Wahlurnen trotz der Wahlumschläge das Wahlgeheimnis zu durchbrechen. Daß die „Post“ auf das unangenehme Mittel verfallt, zum Schutze des Wahlgeheimnisses die Gewerkschaften zu belämmern, ist natürlich nur der Dummheit gleichzusetzen, durch die sich die Arbeiterfreundlichkeit der „Post“ auszeichnet? —

Chronik der Majestätsbeleidigungen.

Wegen Majestätsbeleidigung ist in Kolmar im Elsaß nach der „Straßburger Post“ ein Franzose zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Ende Juli hatte er mit einem Landsmann eine Wirtschaft in Oberbergheim besucht, in der ein Bild des Kaisers an der Wand hing. Er hatte mit Bezug auf das Bild Aeußerungen gegen den Kaiser ausgesprochen und war deshalb verhaftet worden. —

Ausland.

Der Zwist in der spanisch-socialistischen Arbeiterpartei.

Die Frage, ob bei den nächsten Municipalwahlen die socialistische Arbeiterpartei mit den Republikanern zusammengehen soll, wird in den spanischen Parteikreisen und Ortsgruppen noch immer lebhaft diskutiert. Die fünf Unterzeichner, die in der Mitglieder-versammlung des Madrider Ortsverbandes den Antrag auf Abschließung einer Alliance mit den Republikanern gestellt haben, veröffentlichen in Madrider „Socialista“ eine zwei Spalten lange Darlegung über die Beweggründe, die sie zur Stellung ihres Antrages bestimmt haben, und das „Comité Nacional“ (der Parteivorstand) antwortet darauf mit einer noch längeren Motivierung seiner gegenentgeglichen Ansicht.

In der Hauptsache läuft die Begründung der Antragsteller darauf hinaus, daß die Regierung immer mehr ins liberale Fahrwasser geraten sei, sich gegen das neue lokale Selbstverwaltungsgesetz auflehne und bei Streiks zu Gunsten der Unternehmer eingreife. Um diese Haltung zu brechen und den reaktionären Mächten einen Damm entgegenzusetzen, sei ein geneuesames Vorgehen der radikalen Parteien erforderlich.

Darauf antwortet die Parteileitung. Daß genau daselbe Verhalten von den früheren Regierungen beobachtet sei, zeitweilig sogar in stärkerem Maße. Dann aber bedeute die Madrider Resolution einen Verzicht auf eine eigne selbstständige socialistische Aktion, eine Lähmung der Partei; denn nach der Resolution hätte die Partei nur das Recht in den 14 Ortschaften, wo sie schon bisher im Municipalrat vertreten gewesen sei, wieder eigne Vertreter zu fordern. Nun wäre aber seit den letzten Wahlen die Partei in den verschiedenen Ortschaften beträchtlich erstarkt, so daß mit ziemlicher Sicherheit darauf zu rechnen wäre, dort eigne Kandidaten durchzubringen. Daraus müßte sie jedoch, wenn die Madrider Resolution Gültigkeit für die Partei erlange, verzichten, und wenn wirklich die Republikaner hier und dort so „generös“ wären, der socialistischen Ortsgruppe die Aufstellung eines Kandidaten zu longedieren, so würde doch dieser, als mit Hilfe der Republikaner gewählt und von ihnen abhängig, völlig einflußlos im Municipalrat bleiben.

Noch wichtiger aber sei die Hinderung, die durch solchen Zusammenschluß bei den Wahlen die socialistische Partei in ihrer Agitation und in ihrer bisherigen energischen Kritik der republikanischen Politik erleide. Wenn die socialistische Partei in solcher Weise, wie gefordert werde, für die Republikaner eintrete, dann könne sie nicht deren Verhalten, nicht ihre socialpolitische Verständnislosigkeit so rückwärtslos mehr befehlen, wie bislang, dann müßten Konzeptionen gemacht werden. Zudem seien die Republikaner, wenn auch eine politisch-radikale, so doch eine kapitalistische Partei, die noch, wie an verschiedenen Beispielen nachgewiesen wird, bis in die letzte Zeit die Gewerkschaften, die Arbeiter und die von Arbeitern proklamirten Streiks belämpft haben.

Wie der Streit enden wird, läßt sich nicht voraussagen. Mehrere in der letzten Woche vorgenommene Abstimmungen der Ortsverbände haben ergeben, daß unter den Parteimitgliedern die Neigung zu einem Zusammengehen mit den Republikanern weit verbreitet ist; aber nach den Statuten unserer spanischen Bruderpartei muß der Antrag von mindestens zwei Dritteln der Ortsgruppen angenommen werden, wenn er für die Gesamtpartei Gültigkeit erlangen soll. —

Schweiz.

Die Volksabstimmung im Kanton Zürich. Zürich, 31. August. (Fig. Ver.) Der demokratische Sinn und das selbständige Urteil des Volkes haben in der gestrigen Abstimmung des Kantons Zürich herrliche Triumphe gefeiert, aber die wir und umfomehr freuen dürfen, als sie vollständig überraschend kamen. Mit einer einzigen Ausnahme trat die gesamte bürgerliche Presse des Kantons für das reaktionäre Maßwerk, das Verwaltungsrecht der Stadt Zürich, ein und sie bearbeitete das Volk in einer so wüsten verlogenen Weise, daß man die Annahme des Gesetzes für sicher halten mußte. Ganz unverblümt wurde es als eine Maßregel gegen die Socialdemokratie, speziell gegen die Partei in der Stadt Zürich, erklärt. Und nun das Resultat! Mit 33 021 gegen 17 888 Stimmen wurde das Verwaltungsrecht, mit 32 884 gegen 17 173 der Verfassungsartikel, durch den die Volkswahl der Lehrer in der Stadt Zürich abgeschafft werden sollte, verworfen. Ein einziger von den 11 Bezirken hat beide Vorlagen angenommen (mit 1179 gegen 872 bzw. 1082 gegen 937 Stimmen), nämlich der Bezirk Andelfingen. Die Stadt

Zürich selbst, die durch den reaktionären Wechselhaß von der Socialdemokratie „befreit“ werden sollte, verwarf mit 11 554 gegen 6307 Stimmen das Gesetz; das Arbeiterquartier Unkershofli, das in drei Stücke zerissen werden sollte, mit 5614 gegen 1716 Stimmen. Von den fünf städtischen Kreisen nahm nur der erste Kreis, der die ehemalige alte Stadt umfaßt, mit 1487 gegen 1234 Stimmen das „Erlösungswort“ an. —

Frankreich.

Zur Frage der Konföderationsbindung. Auf die Umfrage des „clair“ haben sich noch die Erzbischöfe von Aix und Toulouse sowie die Bischöfe von Frejus, Tropes, St. Claude, Rouins, Cahors, Quimper und Versailles für die Aufrechterhaltung des Konföderations ausgesprochen. Die Bischöfe von St. Flour, Soissons, Nizza, Poitiers, Tarbes, Chambéry und Nancy lehnten es ab, eine Meinung zu äußern und verwiesen auf die Weisheit des heiligen Vaters. —

England.

Joll-Ligen. Die englischen Beirathgeber der Chamberlainischen Jollpläne sind in der Wahl ihrer Mittel, Stimmung für ihre Bestrebungen zu machen, ebenso wenig wählerisch, wie ihre deutschen Bestimmungsgenossen. Wie diese diejenigen, die ihren profitablen Jollforderungen entgegengetreten, als Agenten des Cobdenklubs und des Auslandes bezeichnen, so bekennt jetzt die Anhängererschaft Chamberlains, die englischen Freihändler als deutsche Soldlinge zu verdächtigen. Der „Daily Express“, der schon häufig in allerlei Erfindungen brillirt hat — erinnert sei nur an seine erfindenen Schredensberichte über die Ermordung der fremden Gesandten in Peking — hat vorgestern nach dem Bericht des „Berl. Tageblatt“ ein angebliches Circular eines ungenannten deutschen Professors veröffentlicht, worin deutsche Großfirmen zu Geldbeiträgen zur Belämpfung Chamberlains bei den englischen Wahlen erjucht werden. Der Anonymus schlägt die Errichtung offizieller deutscher Prehbureaus in London und eine Unterstüzung des Cobdenklubs vor; ferner die Vesteuerung englischer Politiker und eine regierungsseitige Bedrohung des Projektes kolonialer Vorzugszölle mit prohibitivem Joll auf englische Waren. Das angebliche Circular erklärt Deutschland für den Erben der englischen Kolonien und ruft aus: „Die deutsche Erbschaft wird vernichtet, wenn Chamberlain seine imperialistischen und fiskalischen Projekte ausführt, welche die gegenwärtige hilflose Sammlung der stagnierenden Nationen in ein homogenes fortschrittliches Reich verwandeln würden. Kein Mittel und keine Kosten sollten gespart werden, um Chamberlain zu vernichten.“ —

Dänemark.

Reaktionäre Alliance. Die Erwahlten zum Landsting für die verstorbenen Abgeordneten Vorup und Oct. Hansen sind von der Regierung auf den 2. Oktober verschoben worden; die Wahlmänner-Wahlen der allgemeinen Wählerklasse auf den 16. September, die der Höchstbesteuerten auf den 23. September. Durch diese Hinausschiebung der Wahlen wird den bürgerlichen Parteien willkommene Gelegenheit geboten, sich gegen die Socialdemokratie zusammenzuschließen, und „Politiken“, das einst demokratische Organ der Radikal-Liberalen Kopenhagen ist es, das jetzt den Konserbativen ein Wahlbündnis anbietet. „Wenn Rechte und Linke sich zusammenzuschließen würden“, schreibt das Blatt, „und die zwei Flügel unter sich verteilten, würden die Socialdemokraten gewiß nicht ihre Kandidaten durchbringen können.“

Essentlich ist dieses Liebeswerben von den Konserbativen höchlich zurückgewiesen worden und „Vort Land“ vertritt die Liberalen auf ein andres Mal, da dieses Mal der Rechten ja doch ein Mandat sicher sei. Es ist aber kaum zweifelhaft, daß trotz dieser öffentlichen Absage im geheimen ein antisocialdemokratisches Wahlbündnis zustande gebracht wird.

Socialdemokratische Wahlsiege. Die wenig der Zusammenschluß der Reaktion dauernd die Fortschritte der Socialdemokraten zu hindern vermag, das beweisen die kommunalen Wahlen, die gegenwärtig in den dänischen Städten stattfinden. Trotzdem unsere Parteigenossen an den meisten Orten rein socialdemokratische Kandidatenlisten aufstellten, haben sie bis jetzt gefehlt in: Aarhus, Randers, Silkeborg, Odense, Nyborg, Stafstov, Hobro, Horsus und andren Städten. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um Wahlen zu den Steuerkommissionen und zur Verwaltung der Armenanstalten, teilweise auch um Ergänzungswahlen zum Stadtrat. Der Ausfall dieser Wahlen zeigte deutlich, daß die dänische Socialdemokratie stark genug ist, um auf die zweifelhaften Wahlhilfe der Liberalen verzichten zu können. —

Türkei.

Die Forderungen des macedonischen Komitees. Die bereits gemeldet wurde, hat das macedonische Komitee der türkischen Regierung und den europäischen Großmächten ein Selbstverwaltungsprojekt für Macedonien zugefandt, in welchem in 18 Artikeln die Forderungen dargelegt werden, welche das Komitee als Bedingung für die Einstellung seiner bisherigen Thätigkeit stellt. Die wichtigsten dieser Forderungen sind:

Statt der Silajets Saloniki, Bitolia, Kofstowo, Adrianopel, Shtari und Jantina sollen vier Provinzen: Albanien, Macedonien, Altserbien und Thracien gebildet werden, die Selbstverwaltung erhalten, aber unter der direkten politischen und militärischen Autorität des Sultans bleiben. Er behält das Recht, die Grenzen dieser Provinzen zu besetzen und mit seinen Truppen zu verteidigen. Die Ordnung im Innern wird durch eine internationale Polizei und eine Eingeborenen-Polizei, unterstützt durch Lokalmiliz, aufrechterhalten. Ein Oberkommissar europäischer Ursprungs und Nationalität, dem die internationale Polizei unterstellt wird, soll durch die sechs Großmächte für drei Jahre ernannt werden. Für jede der Provinzen wird von der Pforte mit Zustimmung der Mächte ein Generalgouverneur europäischer Nationalität auf 5 Jahre ernannt. Eine europäische Kommission, unterstützt von einer durch die Bevölkerung nach den verschiedenen Nationalitäten und Konfessionen gewählte Delegation, wird binnen 6 Monaten gemeinsam mit der Pforte die Organisation der 4 Provinzen ausarbeiten und zwar auf Grund des im Jahre 1880 von der Internationalen Kommission in Konstantinopel ausgearbeiteten Projektes.

Was zur Durchführung der neuen Organisation verfaßt die Kommission die Provinzen. Zu diesem Zweck wird ein internationales Okkupations-Corps in der Stärke von 45 000 Mann — 4 Divisionen Infanterie und 1 Division Kavallerie — durch freiwillige Anwerbung gebildet unter europäischen Offizieren und unter Generalen eines der neutralen Staaten Europas. Das Okkupations-Corps wird auf Kosten des Landes unterhalten und die Dauer der Okkupation hängt von den Arbeiten der Kommission ab. Sobald das Corps gebildet ist und die Kommission ihre Thätigkeit beginnt, zieht der Sultan alle seine Truppen zurück mit Ausnahme derjenigen, die für die Grenzbesetzungen nötig sind.

Die Wahlen für die oben erwähnten Delegationen sollen 14 Tage nach der Räumung des Gebiets durch die türkischen Truppen stattfinden. Alle internationalen Verträge, die zwischen der Pforte und den fremden Mächten abgeschlossen worden sind oder noch abgeschlossen werden, finden ebenso auf die vier Provinzen Anwendung wie auf alle andren Teile des Reiches. Alle den Fremden zukommende Vorrechte sollen ihnen in diesen Provinzen gewahrt bleiben, ebenso sollen alle Rechte und Verpflichtungen der Pforte betreffend die Eisenbahnen streng beobachtet werden. Die Kommission hat zu bestimmen, welchen Teil der ottomanischen öffentlichen Schuld die vier Provinzen zu übernehmen und wieviel sie für die Civilliste des Sultans sowie für die Erhaltung der türkischen Armee und Flotte zu zahlen haben. —

Amerika.

Revolution in Panama. Die „New York Times“ melden aus Cosfaria: In Panama ist wegen der Ablehnung des Hay-Herran-Vertrages eine Revolution ausgebrochen. Die Indianer haben sich erhoben. Die früheren Anhänger des Generals Herrera haben in den Bergen gegen 1000 Mann angeworben. Man glaubt, daß Herrera den Befehl wieder übernehmen und daß General Lorenzo sich mit ihm vereinigen wird. Die Regierungstruppen von Panama

deren Zahl weniger als 1500 beträgt, sollen der Revolution günstig gesinnt sein, weil sie schlecht bezahlt sind.

Aus Washington wird ferner der „New York Times“ berichtet, es verlautet, daß Staatssekretär Hay verschiedene Mitglieder des Senats und des Repräsentantenhauses zu einer Beratung über die Lage eingeladen habe. Da, auf die Dauer der Revolution in Panama die Arbeiten für den Kanalbau ausgeführt werden müssen, wird bei der Beratung erörtern werden, ob es nicht das Beste wäre, unverzüglich die Nicaragua-Linie in Angriff zu nehmen.

Der Ausbruch des Aufstandes ist, wenn man die Panamakanal-Pläne der Vereinigten Staaten in Betracht zieht, recht verdächtig. Sollten nicht Paneegeelder dabei mitgewirkt haben? —

Landtagswahl.

Die Rettung Eugen Richters vor dem Durchfall in Hagen legt die „Post“ den Nationalliberalen dringend ans Herz. Sie schreibt: „Wenn der „Vorwärts“ es so darstellt, als ob selbst Herr Eugen Richter Hagen Mandat nur mit Hilfe der Socialdemokraten und auf Grund eines allgemeinen Bündnisses mit denselben behauptet werden könnte, so ist dies sicher nur eine billige Voshheit gegenüber dem freisinnigen Parteiführer ohne tatsächliche Unterlage. Denn nach dessen korrektem Verhalten gegenüber der socialdemokratischen wadenstrümpferischen Obstruktion im letzten Reichstage erscheint es nicht nur als eine Pflicht despolitischen Anstandes, sondern auch als ein Akt politischer Klugheit, den freisinnigen Führer für die Bekämpfung seines Landtagsmandates nicht auf die Unterstützung der Socialdemokraten zu verlassen.“

Es handelt sich im Kreise Hagen um zwei freisinnige Mandate. Es müßten dann entweder die Nationalliberalen auf den Kampf verzichten und bedingungslos für die beiden Freisinnigen eintreten oder die Freisinnigen müßten den Nationalliberalen eines ihrer Mandate abtreten.

Wahlvorbereitungen. Im 19. hannoverschen Kreise wurde folgende Resolution beschloffen:

Die Kreisversammlung des 19. hannoverschen Wahlkreises empfiehlt auf Grund des Parteitag-Beschlusses in Mainz und des Beschlusses der preussischen Landtagswahl-Konferenz vom 27. April d. J. den Genossen in dem Landtags-Wahlkreise Lehe-Großmünde, mit eignen Wahlmännern in die Landtagswahl einzutreten. Kommt es bei den Urwahlen zu einer Stichwahl, in der die Socialdemokratie ausfällt und ein wirklich liberaler Kandidat einem solchen anderer Parteien gegenübersteht, so ist im allgemeinen für den liberalen Kandidaten zu stimmen. Ueber das Verhalten bei der Abgeordnetenwahl hat das Wahlkomitee des Kreises sich mit dem Central-Wahlkomitee in Verbindung zu setzen.

Die Kreisversammlung für Bochum-Gelsenkirchen wählte nach einem Vortrage des Genossen Krohn ein Komitee von 12 Mitgliedern, um mit den Genossen Dortmund die vorbereitenden Schritte zur Wahl zu vereinbaren.

Partei-Nachrichten.

Für den Wahlkreis Jand-Belzig-Jüterbog-Ludenwalde fand am Sonntag eine Kreisversammlung statt. Es wurde ein Antrag angenommen, der die Vertrauensleute verpflichtet, eine fortgesetzte planmäßige Agitation zur weiteren Verbreitung der „Brandenburger Zeitung“ im Kreise zu betreiben. — Bezüglich der Gemeindevahlen empfielt die Konferenz den Parteigenossen allerorts, sich mit eignen Kandidaten an den Wahlen zu beteiligen, um dadurch auch auf kommunales Gebiet dem Fortschritt die Wege zu ebnen. — Zum Kreisvertrauensmann wurde Jahn-Ludenwalde gewählt und Ewald wieder als Reichstagskandidat aufgestellt. — Zum Parteitage wurde nachstehender Antrag angenommen:

„In Anbetracht dessen, daß die bürgerliche Opposition in den Stichwahlen zum Reichstage überall, wo sie zwischen der Socialdemokratie und der Reaktion die Entscheidung in der Hand hatte, letzterer das Mandat in die Hände gespielt, beschließt der Parteitag, in Stichwahlen zwischen zwei bürgerlichen Kandidaten für die Parteigenossen strengste Stimmhaltung.“ —

Die Kreisversammlung für Sorau-Fork beschloß die Gründung eines Central-Wahlvereins, der sich über den ganzen Kreis erstreckt, und beauftragte eine Kommission mit der Ausarbeitung der Statuten.

Der Landesparteitag für Neuh. J. L. wurde am Sonntag in Oera abgehalten. Nach längeren Debatten über den Ausbau der Organisation beschloß man sich mit dem Parteitag in Dresden. Zu diesem Punkt der Tagesordnung wurden folgende Anträge angenommen:

1. Der Parteitag für Neuh. J. L. hält es für das parlamentarische Recht unsrer Reichstagsfraktion, entsprechend ihrer Stärke, einen Sitz im Präsidium zu beanspruchen; er weist es aber entschieden zurück, daß dabei andere als durch die Geschäftsordnung des Reichstages vorgeschriebene Bedingungen erfüllt werden. Der Parteitag erklart in dem Vorschlage Bernsteins über die Besetzung der Vizepräsidentenstelle eine Aenderung unsrer bisherigen ablehnenden Taktik und erwartet vom Parteitag in Dresden, daß er gegenüber der immer wieder auftretenden Tendenz auf Veränderung derselben ein entschiedenes ablehnendes Wort spricht. Der Parteitag mißbilligt ferner auf das schärfste die Art und Weise des Vorgehens des Genossen Bernstein in der Vizepräsidentenfrage.

2. Der Parteitag in Neuh. J. L. erklärt sich mit der bisherigen Taktik der socialdemokratischen Reichstagsfraktion einverstanden und kann keine Veranlassung erkennen, dieselbe zu ändern.“ —

Die Kreisversammlung des 19. hannoverschen Wahlkreises reicht beim Parteitag folgende Resolution ein:

„Die Konferenz betrachtet es als selbstverständlich, daß die socialdemokratische Reichstagsfraktion wie bisher entschieden Anspruch erhebt auf eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung im Reichstagspräsidium. Sie erwartet ferner, daß die Fraktion ebenso entschieden festhält an der bisherigen Praxis, indem sie es zurückweist, Verpflichtungen zu übernehmen, die weder von der Verfassung noch von der Geschäftsordnung des Reichstages gefordert werden. — Ohne die freie Meinungsäußerung innerhalb der Partei antasten zu wollen, bedauert die Konferenz dennoch die Art und Weise, wie der Genosse Bernstein zu der obigen Angelegenheit Stellung genommen hat. Die infolge dessen durch die notwendig gewordene Erörterung dieser Frage verbrauchte Zeit und Kraft hätte zum Wohle der Gesamtpartei zu etwas Besseren verwandt werden können. Von dem Dresdener Parteitag erwartet die Konferenz, daß er in diesem Sinne entscheidet wird.“ —

Die Kreisversammlung für Mainz-Oppenheim nahm die nachstehende Resolution zum Parteitage an:

1. Die Konferenz enthält sich einer Beurteilung der Frage der Beteiligung an dem Präsidium des Reichstages und erachtet es für geboten, diese Frage der Reichstags-Fraktion zur Erlebigung zu überweisen. Die Art und Weise jedoch, wie diese gänzlich untergeordnete Angelegenheit von einer Anzahl Parteigenossen benutzt wird, um daraus einen ersten Konflikt in der Partei zu konstruieren, verurteilt die Konferenz auf das entschiedenste.

2. Die Konferenz schließt sich in Bezug auf die Reisezeit der Resolutionen der Genossen in Breslau und Köln (Land) an und spricht sich für die Demonstration am Abend des 1. Mai durch große Volksversammlungen aus.“ —

Der Parteitag der finnischen Socialdemokratie.

Vom 17. bis zum 20. August fand in Jorssa, einer kleinen Industriestadt im Tavastehus-Bezirk, der Parteitag der finnischen Arbeiterpartei statt. Hierzig der Partei angehörende Vereinerungen hatten Delegierte geschickt. Im ganzen zählt die Partei jetzt 50 Vereinerungen mit ca. 10 000 Mitgliedern.

Uebervacht wurden die Verhandlungen durch den Landessekretär des Regierungsbezirks und durch mehrere Gendarmen und Polizeibeamte in Civil.

Einer der wichtigsten Punkte der Tagesordnung war die Aufstellung eines Parteiprogramms. Der hierzu von dem betreffenden Komitee ausgearbeitete Entwurf, der einstimmig vom Parteitag angenommen wurde, enthält der Hauptsache nach folgende Bestimmungen:

„Die socialdemokratische Partei in Finnland strebt, ebenso wie die socialdemokratischen Parteien in andern Ländern, danach, das ganze Volk von den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen und geistigen Vormundhaft freizumachen. Die nächsten Forderungen der Partei sind unter andern: allgemeines gleiches Wahlrecht für alle finnischen Männer und Frauen vom 21. Lebensjahr ab, sowohl auf kommunalem als auch auf staatlichem Gebiet; Einkammersystem; vollständige Vereins-, Versammlungs-, Rede- und Druckfreiheit; allgemeiner Schulzwang; losenfreier Unterricht auf allen Lehranstalten usw.“

Außerdem wurde auch ein Kommunalprogramm der Arbeiterpartei aufgestellt, das im wesentlichen mit den Forderungen übereinstimmt, die die socialdemokratischen Parteien in andern Ländern an die Kommunen stellen.

Zur Wahlrechtsfrage wurde eine umfangreiche Resolution angenommen, die der Hauptsache nach folgendes besagt: Die Partei verlangt volles Recht der Selbstverwaltung für alle Bürger und verlangt darum Einkammersystem mit gleichem Wahlrecht für jeden Mann und jede Frau vom 21. Lebensjahr ab. Die Partei erklärt den Kampf um das Wahlrecht für eröffnet und ermahnt die Arbeiter und gerechte Leute aus den höheren Klassen energisch am Kampfe teilzunehmen. — Wenn alle andern Mittel verjagen, soll zum Generalfreiwahl zwecks Erringung des allgemeinen Wahlrechts gegriffen werden.

Der Parteitag befahte sich ferner mit der Genossenschaftsfrage. Es giebt zur Zeit ca. 40—50 Genossenschaften, deren Mitglieder größtenteils Arbeiter sind. Zu diesem Punkt wurde ein Beschluß gefaßt, worin unter andern gesagt wird: Wie die Arbeiter die Genossenschaften unterstützen so sollen auch die Genossenschaften die Arbeiterpartei — bis auf weiteres nach Gutdünken — unterstützen. —

Schließlich wurde noch ein Agrarprogramm angenommen, worin verlangt wird, daß kommunaler und staatlicher Pacht an Grund und Boden nicht veräußert, und unkultivierte Ländereien kultiviert werden. Wasserläufe, Bergwerke, Güter, die im Zwangsverfahren verkauft werden, soll der Staat oder die Kommune ankaufen. Auch sollen Staat und Kommunen Expropriationsrecht erhalten. Der heillosen Bevölkerung sollen Ländereien zwecks gemeinschaftlicher Kultivierung und Bebauung zugeteilt werden. Außerdem wird eine Reform des Häusers- und Hofgängerwesens und Abschaffung des Pächtersystems verlangt.

Der Parteitag befahte sich dann noch mit verschiedenen Fragen der socialen Gesehgung und stellte folgende Forderungen auf: Ein wirksames Schutzesetz für Frauen, weibliche Fabrikinspektion mit Beihilfe von Arbeiterinnen. Altersversicherung durch den Staat, mit dem 55. Lebensjahre in Kraft tretend; Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit durch Einführung des Achtstundentages, Arbeitslosen-Versicherung, Minimallohn, öffentliche Arbeiten für Staat und Kommune in Fällen von Arbeitsmangel, landwirtschaftliche Kolonien usw.

Der nächste Parteitag soll im August 1905 stattfinden. Als Repräsentanten der socialdemokratischen Partei Finnlands im Socialistischen Sekretariat zu Brüssel wurden Eddvard Walgas aus Helsingfors und J. K. Kari aus Abo gewählt. Der Parteivorstand soll aus 19 Mitgliedern bestehen, wovon 7 in Abo, die übrigen an andern Orten im Lande wohnhaft sein sollen. Als Sitz des Parteivorstandes wurde Abo bestimmt. Als Vorsitzender der Partei wurde T. Laitio, als Vicevorsitzender Seth Heikkilä gewählt und als Sekretär und Kassierer J. K. Kari.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Einen „glänzenden Erfolg“ erzielte am Montag vor dem Magdeburger Schöffengericht der dortige Polizeipräsident. Wie wir bereits mitteilten, hatte dieser Herr, bekannt durch seinen Kampf gegen unser dortiges Bruderblatt, den Genossen Albert als verantwortlichen Redakteur deshalb zweimal verurteilt, weil A. zwei belanglose Berichtigungen des Herrn nicht in derselben Schrift wie die zu berichtende Notiz veröffentlicht hatte! In der Verhandlung vor dem Schöffengericht beauftragte der Vertreter der Anklage gegen Albert je 10 M. Geldstrafe für jeden der beiden Fälle. Das Gericht jedoch sah als erwiesen an, daß A. nicht aus Böswilligkeit, sondern einem jahrelang bestehenden Brauche entsprechend die Anordnung der Petition (anstatt Korpus) bewirkt hatte, und erkannte für jede der beiden Uebertretungen der §§ 11 und 19 des Preßgesetzes auf eine Geldstrafe von — einer, im ganzen also auf eine Strafe von zwei Mark!

Da dies das erste Mal ist, daß die „Volkstimme“ auf Antrag des Polizeipräsidenten verurteilt wurde (bisher waren stets Freisprechungen erfolgt), kann man sehr wohl von einem Erfolge des Herrn sprechen. Bekanntlich hat unser Magdeburger Bruderblatt trotz dieser eifrigen Bekämpfung seit einigen Monaten über 3000 neue Abonnenten gewonnen.

— Gegen unser Parteiorgan in Rassel hat der Staatsanwalt im öffentlichen Interesse Anklage erhoben, um eine Verleumdung des Antisemitenführers Liebermann v. Sonnenberg zu sühnen. Am Sonnabend wurde das gesamte Sekretariat vom Untersuchungsrichter zur Zeugnisaussage geladen. Das Blatt konnte deshalb nicht in gewohntem Umfange fertiggestellt werden.

Aus Industrie und Handel.

Die diesjährige Getreide-Ernte. Wie alljährlich, so veröffentlichte auch rnmehr das ungarische Ackerbauministerium die Schätzung des Ertrages der diesjährigen Weizennte unter spezieller Berücksichtigung Ungarns. Danach beträgt in Ungarn (Kroatien und Slavonien ausgenommen) die Menge des Weizens 41 226 700 Doppelcentner gegen 48 507 000 Doppelcentner im Vorjahre; Roggen ergab 12,47 Millionen gegen 13,60 Millionen, Gerste 13,35 Millionen gegen 13,57 Millionen, Hafer 11,80 Millionen gegen 12 Millionen. Im Durchschnitt beläuft sich der Windertrag gegen das Vorjahr auf 8 Proz. Die Ausfichten des Maisertrages sind genügend, die Pflanze bedarf des Regens; das zu erwartende Erträgnis wird auf 37 bis 40 Millionen Doppelcentner geschätzt.

Das Erträgnis in Kroatien und Slavonien ist folgendes: Weizen quantitativ 14 Proz., andre Getreidegattungen 5—8 Proz. besser als im Vorjahre, Mais quantitativ 40 Proz. günstiger gegen das Vorjahr, Weizen 3,72 gegen 3,27 Millionen Doppelcentner im Vorjahre, Mais 5,2 gegen 3,88 Millionen Doppelcentner.

Der Gesamtertrag der Welterte für Weizen beträgt 622,62, für Roggen 384,29, für Hafer 610,30 und für Mais 720,31 Millionen Doppelcentner. Der wahrscheinliche Ertrag des Weizens der Getreide importierenden Staaten, und zwar Großbritanniens beläuft sich auf 14,50, der wahrcheinliche Bedarf auf 55 Millionen Doppelcentner, der Frankreichs auf 92 resp. 7,50, derjenige Deutschlands 35,5 resp. 21, Oesterreichs 12,50, Italiens 38 resp. 10, der Niederlande 1,20 resp. 4,50, der Schweiz 1,14 resp. 4,70, Belgiens 3,50 resp. 11,50, Dänemarks 1,25 resp. 0,90, Schwedens und Norwegens 1,35 resp. 2,55, Spaniens 33,50 resp. 2,50, Portugals 1,50 resp. 1, Griechenland 2,65 resp. 1,80 und Aegyptens 3,30 resp. 1 Million Doppelcentner.

Für die Getreide ausführenden Staaten wird der Weizenexport und der wahrscheinliche Ueberschuß in Millionen Doppelcentnern wie folgt geschätzt: Rußland 140 bis 145 und 29, Ungarn einschließlich Kroatien und Slavonien 45 und 14,50, Rumänien 18,5 resp. 7,50, Bulgarien und Osterreich 10,7 resp. 3,25, Serbien 3 resp. 0,67, Türkei 20 resp. 1,75, Ostindien 77,74 resp. 13, Vereinigte Staaten von Amerika 174 resp. 57,5, Kanada 25,5 resp. 10,5, Argentinien 25 resp. 17, Chile 3,50 resp. 1,50. Die Bilanz zwischen den Import-

und Export-Staaten gestaltet sich folgendermaßen: Der Bedarf der importierenden Staaten übersteigt den Ueberschuß der exportierenden Staaten um 13,27 Millionen Doppelcentner.

Zur Lage der Kammgarnspinnerei. Wie im Laufe des letzten Jahres wiederholt beobachtet werden konnte, führt eine günstige Geschäftslage in der Kammgarnspinnerei nur zu leicht und zu rasch zur Ueberproduktion; so auch jetzt wieder. Das Jahr 1902 war für die Kammgarnspinnerei von Anfang bis Ende überaus günstig. Doch hat diese günstige Situation alsbald wieder zu einer Ausdehnung der Erzeugung verleitet, die sich jetzt schon bitter rächt. Das Angebot der Spinnereien tritt so stark auf, daß die Preise in raschem Fallen begriffen sind. Die Umsätze sind gering, und die Bestellungen lassen zu wünschen übrig. Die deutsche Kammgarnspinnerei arbeitet zur Zeit mit ca. 2½ Millionen Spindeln, die aber nur zu einem kleineren Teil in „reinen“ Kammgarnspinnereien laufen. Rest ist die Kammgarnspinnerei mit Wollkammerei und Weberei verbunden; auch giebt es einige Kombinationsbetriebe, die Wollkammerei, Kammgarnspinnerei, Weberei und Wislerei umfassen. Am wichtigsten werden von den veränderten Marktverhältnissen alle die Betriebe betroffen, die ihr Kammgarn selbst verarbeiten oder doch nur einen kleinen Teil für den Verkauf erzeugen. Am schärftsten dagegen wirkt die Uebererzeugung auf die „reinen“ Spinnereien und auf die mit Spinnereien verbundenen Wollkammereien ein, die zusammen über den größten Teil der Gesamtspindelzahl verfügen. Es verlautet nun, daß angesichts der zu starken Erzeugung eine gemeinsame Betriebs-einschränkung von 20 Proz. durchgeführt werden solle. So einfach wird sich aber die beabsichtigte Einschränkung nicht verwirklichen lassen, da die Marktverhältnisse in den verschiedenen Garnnummern nicht gleichartig liegen. Schon 1901 mußte aus diesem Grunde die gemeinsame Erzeugungseinschränkung formell aufgehoben werden.

Oberösterreichisches Roheisen-Syndikat. Für das 1. Quartal 1904 wird das Oberösterreichische Roheisen-Syndikat laut „Breslauer General-Anzeiger“ versuchen, eine Preiserhöhung durchzuführen. Für die verschiedenen Abfälle, die pro 1904 schon zu stande kamen, ist eine Preiserhöhung um 1,50 M. pro Tonne auch bereits erzielt worden.

Zuckerpreise. Am Magdeburger Zuckermarkt ist, da bekanntlich mit dem heutigen Tage die Ausfuhrprämien wegfallen und sich der Einfuhrzoll auf 18,80 M. pro 100 Kilogramm ermäßigt, die erwartete Preisreduktion eingetreten, die jedoch, wie gestern in unserm Leitartikel dargelegt wurde, infolge der Bildung eines neuen Kartells hinter der Zoll- und Inlandssteuer-Verabiegung zurückbleibt. Die Verkaufsvereinigung der Raffinerien notierte heute:

	Neuer Preis	Alter Preis
Wotrassnade I	20,95 M.	20,70 M.
Würfelszucker II	21,05 „	20,825 „
Kristallszucker I	20,70 „	20,45 „
Gem. Raffinade	20,70 „	20,45 „
Gem. Melis	19,95 „	20,95 „

Auch im Kleinhandel gingen heute die Preise zurück; allerdings nicht im gleichen Verhältnis wie im Großhandel.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

In der Kassenlos-Fabrik Paragon haben gestern sämtliche Buchdrucker und Stereotypen wegen Wahrung der Vertrauensleute die Arbeit niedergelegt. Konditionsangebote erließen wir zurückzuweisen. Der Gewerkschaftsrat.

Zur Tarifbewegung der Glaser wird mitgeteilt, daß neuerdings von einzelnen Firmen versucht wird, den festgelegten Tarif zu umgehen. So wurden seitens der Bilderrahmenfabrik von Hoff u. Co., Kurfürstendamm, am Sonnabend bei der Lohnzahlung Abzüge gemacht; dem energischen Vorgehen der dort beschäftigten Kollegen und dem entschiedenen Eintreten der dortselbst thätigen Bilderrahmenmacher ist es zu danken, daß der Unternehmer sich gezwungen sah, am Montag früh das Versprechen abzugeben, den einbehaltenen Lohn nachzahlen, um Arbeitseinstellungen in seinem Betriebe zu verhindern; woraus die Glaser ersehen können, daß es oft nur eines festen Auftretens organisierter Arbeiter bedarf, damit Lohnkürzungen verhindert werden. Leider ist auch zu verzeichnen, daß in einigen Werkstätten mehrere der Zahl und Tag in Arbeit stehenden Kollegen den Versammlungsbeschlüssen nicht nachgekommen sind und nicht zwei rote Streifenmarken geliebt haben; wir richten an die Bauhandwerker das dringende Ergehen, stets von neuem jeden Glaser auf den Bauten nach dem Verbandsbuche zu fragen. Gleichfalls werden alle Kollegen aufgefordert, sobald seitens irgend einer Firma versucht wird, an den klaren Bestimmungen des Tarifes herumzubeuteln oder Abzüge zu machen, sofort dieses dem Vorstand zu melden. Es ist unbedingt nötig, daß die ersten derartigen Versuche der Unternehmer energisch zurückgewiesen werden, damit im Glaser-gewerbe die Lebenshaltung der Arbeiter nicht wieder eine so schlechte wie früher werde. Treten wir den ersten Versuchen entgegen, so wird niemand von diesen Herren versuchen, sobald sie gemerkt haben, daß eine festgesetzte Organisation im Verufe vorhanden ist, irgendwelche Winkelzüge zu machen.

Was im Annoncenteil Widerruf erfolgt, bleiben folgende Firmen gepepirt: Schelski sen., Glaserstraße; Schelski jun., Lichtenberg; Ahmas, Moritzstraße; Roth, Ballaststraße; E. Zell, Stolpischestraße; Ruh, Antonstraße; Stier, Rieder, Söhnleweide; Alt, Hartmann u. Co., Berliner Spiegelglas-Verkaufskomptoir, und Fischer, Raabenstraße. Wir machen die Kollegen auf den Gesamt-lugsbeschuß aufmerksam, daß jeder Glaser das Einlegen von Spiegelscheiben mit Arbeitern des Berliner Spiegelglas-Verkaufskomptoirs unbedingt zu verweigern hat; eigentümlich berührt es uns überhaupt, daß jene Arbeiter, welche ja allerdings umorganisiert sind, diese Arbeit für niedrigen Lohn leisten und den Gläsern durch ihre Thätigkeit in den Mäden fallen. Genaue Abrechnung der Lohnbewegung wird in der ordentlichen Mitgliederversammlung am Montag, den 21. September 1903, erfolgen.

Centralverband der Glaser.

Die Albumarbeiter und Arbeiterinnen hatten sich am Montag im Gewerkschaftshause zahlreich versammelt, um über Maß- und Arbeitsbedingungen zu beraten. Der Referent Wilmowski wies auf die Erfolge hin, die die Knäbinder durch die Organisation erzielt haben, und schilderte demgegenüber die traurigen Verhältnisse in der Albumbranche, wo bis jetzt keinerlei tarifliche Vereinbarungen getroffen werden konnten, weil die große Masse der Arbeiter und Arbeiterinnen den Wert der Organisation nicht erkannt hatte. In den Albumfabriken besteht mit wenigen Ausnahmen noch die zehn-stündige Arbeitszeit und in einzelnen Fabriken müssen die männlichen Arbeiter sogar Sonntags bis um 7 Uhr arbeiten. Prozent-zuschläge für Ueberzeitarbeit giebt es in manchen Fabriken auch noch nicht. Dabei herrscht in großer Höhe die Saisonarbeit, so daß in der schlechtesten Geschäftszeit nur 4 bis 6 Stunden täglich gearbeitet wird, in der guten aber 13, 14 Stunden und noch länger. Ein korporativer Arbeitsvertrag für diese Branche würde selbst für die Fabrikanten von Vorteil sein, die jetzt durch wahllose Konkurrenz einander die Preise verderben. Da das Verständnis für die Aufgaben der Organisation in letzter Zeit bei den Albumarbeitern und Arbeiterinnen im Wachsen begriffen ist, wird es auch ihnen bald möglich werden, sich geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. — An den Vortrag, der lebhaftest Zustimmung fand, schloß sich eine rege Diskussion. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„In Anbetracht der unregelmäßigen Arbeitszeit sowie der niedrigen Löhne- und Accordlöhne in unserm Gewerbe beschließen die Versammelten, danach zu streben, folgende Forderungen zu erreichen: 1. Die neunstündige Arbeitszeit; 2. einen Zuschlag für Ueberstunden; 3. Einführung von Minimallöhnen; 4. für Accordarbeit einen Prozentzuschlag, und wenn möglich Aufstellung eines Accordtarifs. Bei Festsetzung der Löhne und Accordpreise soll dahin gewirkt werden, die im Buchbindergewerbe bestehenden Minimallöhne als Mindestforderung aufzustellen.“

Am Meße Ziele zu erreichen, ist eine kräftige Organisation unbedingt notwendig. Aus diesen Gründen ersucht die Versammlung alle diejenigen Kollegen und Kolleginnen, die bis heute noch keiner Organisation angehören, sich im Deutschen Buchbinder-Verband zu organisieren.

Ueber den Zeitpunkt, wann die Forderungen durchgeföhrt werden sollen, wird später beschloffen werden. Von mehreren Rednern wurde das nächste Frühjahr als die geeignete Zeit bezeichnet.

Achtung, Radler! In Wachen befinden sich 32 Radler im Ausstand. Sollte irgendwelche Arbeit von Wachen hier angeboten werden oder Arbeitsangebote nach Wachen erfolgen, ersuchen wir sofort um Nachricht.

Achtung, Buchbinder und Buchbinder-Arbeiterinnen! In Ruppiner befinden sich die Buchbinder seit Montag, den 31. August, im Ausstand und ist Zugang streng fernzuhalten. Ortsverwaltung Berlin.

Feilenarbeiter! Sämtliche Feilenarbeiter der Firma Kahlisch in Brandenburg a. H. haben, da der Unternehmer die Berliner Streifenarbeit nicht zurücknahm, einmütig die Arbeit am Montag niedergelegt. Zugang ist streng fernzuhalten. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Verband der Portefeuillen! Den Mitgliedern machen wir hiermit bekannt, daß wir im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 24, eine Geschäftsstelle errichtet haben, und bitten wir, alle Verbandsangelegenheiten dort zu melden. Geöffnet vormittags von 8-1 Uhr und nachmittags von 1/2-5 Uhr. Gleichzeitig wird dort der Arbeitsnachweis erledigt, jedoch nicht mehr wie bisher abends von 8-9, sondern vormittags von 10-1 Uhr. Die Ortsverwaltung.

Die Einspänner des Holzarbeiter-Verbandes nehmen heute, Mittwoch, eine Baukontrolle zur Aufnahme einer Statistik vor. Sollten dabei Bauten vergessen werden, so ersuchen wir die Einspänner oder anderen Bauarbeiter, dies dem Obmann O. Paris, Schwedenstraße 18a, mitzutellen. Kommission der Einspänner.

Deutsches Reich.

Aussperrung von Spinnerel-Arbeitern. In der Kammgartenspinnerei Liebshwiy an der Elster sind annähernd 200 Spinnerel-Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt worden. Die Ursachen dazu sind, wie durch frühere Meldungen bereits bekannt, durch Lohnreduktionen herbeigeföhrt worden. Charakteristisch ist, daß es weibliche Arbeiter gewesen sind, die die Bewegung begannen. Sie erhielten seither für 1000 Zahlen 4 Pf. und sollten in Zukunft diese Arbeitsmenge für 3 1/2 Pf. liefern. Da der Lohnausfall zu beträchtlich sein wird, lehnten die Arbeiterinnen energisch das Annehmen der Betriebsleitung ab, worauf letztere allen übrigen Arbeitern vor 14 Tagen Kündigung. Mit Rücksicht, daß der Textilarbeiter-Verband durch die Erntemittelschauer Bewegung stark engagiert ist, versuchten die Arbeiter einen Vergleich zu Stande zu bringen, jedoch vergebens. Die Aktionäre haben in einer in letzter Stunde abgehaltenen Versammlung an ihren Anordnungen festgehalten. Die Stimmung unter den Ausständigen, die sämtlich organisiert sind, ist vorzüglich. Der Zugang von Spinnerel-Arbeitern nach Liebshwiy ist unbedingt fernzuhalten.

Den Streik und die Aussperrung in Kassel beendet zu sehen, ist der lebhafteste Wunsch der Geschäftsleute und Gewerbetreibenden, die durch den langwierigen Ausstand begreiflicherweise in ihren Einnahmen geschädigt werden. Der Tischlerstreik dauert bereits 18 Wochen, und die zur Niederzwingung der Streikenden von den Unternehmern ins Werk gesetzte Bauarbeiter-Aussperrung währt jetzt fünf Wochen. Die Geschäftsleute haben nun den Oberbürgermeister ersucht, einen Einigungsversuch zu machen. Der Erfolg des Versuches bleibt abzuwarten.

Bergewaltigung der Versammlungsfreiheit. In St. Ingbert in der Pfalz fand am Sonntag eine gewerkschaftliche Versammlung der Bergarbeiter statt. Zwei Tage vorher wurde den Bergleuten der benachbarten preussisch-sächsischen Gruben von den Steigern zu verstehen gegeben, daß jeder, der diese Versammlung besuche, seine Kündigung bestimmt zu erwarten habe. Am Versammlungsorte erschienen denn auch Beamte der betreffenden Gruben, um zu sehen, ob und wer von den ihnen unterstellten Arbeitern die Versammlung besuchen werde. Die Drohung mit der Kündigung that ihre Wirkung. Nur Bergarbeiter aus den bayerischen Gruben erschienen. So achtet preussische Grubenbeamte das gesetzliche Versammlungsrecht.

Sociales.

Einem imponierenden Neubau hat der Dresdener Konsumverein „Vorwärts“ dieser Tage die Freiberger- und Rosenstraße bezogen. Bei Konsumvereinen ist man an große Zahlen gewöhnt, und man weiß auch, daß sich bei Konsumvereinsbauten eine Vorliebe für die Verwendung modernster maschineller Anlagen bemerkbar macht, nichtsdestoweniger wird jedermann trotz des großen Maßstabes, den er zur Kritik mitbringt, von dem soliden und höchst praktischen Bau überrascht und erfreut sein. Der Dresdener Konsumverein „Vorwärts“ steht in Bezug auf Größe und Umfang unter den deutschen Konsumvereinen an dritter Stelle. Nach dem Breslauer Konsumverein mit 60 000 Mitgliedern und 13 Millionen Mark Umsatz und dem Leipzig-Flagwiger Konsumverein mit etwa 30 000 Mitgliedern und 11 Millionen Mark Umsatz kommt gleich der Dresdener Verein mit 22 800 Mitgliedern und 5 1/2 Millionen Mark Umsatz. Der Bau ist diesen großen Verhältnissen angepaßt. Das Grundstück, das um 820 000 M. gekauft wurde, bedeckt 10 000 Quadratmeter Bodenfläche. Der Neubau währte zwei Jahre und kostete mit dem Grundstüd 1 600 000 M.

Das Gebäude, das nach der Straße zu liegt, beherbergt im Parterre die Comptoirs und Kassenräume sowie das Empfangszimmer. In den oberen Geschossen befinden sich Wohnungen. An das Verwaltungsgebäude schließt sich hinten das 70 Meter lange und 17 Meter tiefe Lagerhaus, das 6 Geschosse hat, an. Beide Gebäude können als eine dauernde Elektrizitätsausstellung gelten. Es ist unheimlich, zu wie vielen Verrichtungen man sich die stillen Kräfte der Elektrizität dienstbar gemacht hat. Von der elektrischen Beleuchtung, den elektrischen Klingeln und den Fernsprechern, mit denen jeder Raum ausgestattet ist, reden wir erst gar nicht. Bemerkenswert ist schon, daß sämtliche zahlreich vorhandenen Maschinen mit Elektrizität angetrieben werden. Aber auch alle in den Gebäuden verteilten Uhren werden elektrisch reguliert und in Gang gehalten. Die drei Fahrstühle, die den Verkehr zwischen den 6 Geschossen des Lagerhauses vermitteln, besitzen elektrische Druckluftsteuerung. Diese technische Neuerung macht den Fahrstuhlportier überflüssig. In jedem Fahrstuhl und vor jeder Fahrstuhlthür der verschiedenen Geschosse sind Knopfstationen ähnlich der einer Schreibmaschine angebracht. Man braucht nur die Knöpfe zu drücken und der Fahrstuhl schwebt aufwärts oder abwärts gehorsam und geräuschlos. Die Fahrstühle können mit Lasten bis zu 600 Kilo beschwert werden.

Das Lagerhaus besitzt zwei Keller, der tiefere liegt 7 Meter unter der Erde. Von schlechter Luft merkt man hier aber nichts, weil eine großartige Lüftungsanlage stets für frische Luft sorgt. Große Cementröhren führen frische Luft zu, andere Cementkanäle saugen die schlechte Luft ab. Die zirkulierende Luftbewegung entsteht durch die Ummantelung des 45 Meter hohen Wädereiföhrensteins. Letzterer ist gewissermaßen in einem großen Schornstein von 2 Meter Lichterweite hineingesteckt. Die stets heiße Luft zwischen beiden Schornsteinwänden geht aufwärts und so entsteht die dauernde Ventilation, da die Kellerluft mit der Ummantelung in Verbindung steht. Im unteren Keller liegt ein 6 Meter tiefer Brunnen, der Wasser zu technischen Zwecken liefert. Das Pumpwerk ist elektrisch.

Im oberen Keller findet man mehrere sinnreiche Apparate: einen Schrupp-Abziehhapparat mit Dampfverwärmung, einen Tafelöl-Abziehhapparat und eine elektrisch betriebene Flaschenpül-Vorrichtung, die selbsttätig in der Stunde 1500 Flaschen blüßig macht. Der letztere Apparat kostet 8000 M. Der Futterraum ist mit Metallgittern nach außen ausgekleidet. Mit Hilfe von Maschinen werden hier jede Woche 18 000 Stüd angeformt. Der Konsumverein verkauft die Woche 80 Centner Butter.

Im ersten Geschoh findet man eine Rosinenwaschmaschine. Da der Verein jährlich 98 000 Stollen bädert, würde die Handwäsche zwei bis drei Wochen in Anspruch nehmen. Auch die Mandeln werden maschinell geschält und gerieben. Im zweiten Geschoh steht die Kaffeerösterei. In 20 Minuten werden 150 Pfund aus einmal geröstet. Der Wochenaufschlag des Vereins in geröstetem Kaffee beläuft sich auf 60 Centner. Ein Qualmabfänger verhindert jeden lästigen Geruch. In einem benachbarten Raum stehen fünf Gewürzmühlen. Im dritten Geschoh lagern die Manufakturwaren. Hier befindet sich auch die Schneidewerkstatt. Alle Nähmaschinen sind elektrisch betrieben.

Eine Sechenswürdigkeit bildet die Bäckerei des Vereins. Der Vordraum ist ein leichter, hoher Saal. An der einen Wand liegen die Thüren zu den 7 Doppelöfen, die je zweimal 49 Brote zu 4 Pf. aufzunehmen. In der Woche werden bereits 1300 Centner Vort gegeben, obgleich der Betrieb erst vor drei Wochen eröffnet wurde. Die Öfen werden mit Dampf geheizt. Der Betrieb geht mit dreifachem Arbeitswechsel Tag und Nacht.

Für die Arbeiter ist in umfassender Weise gesorgt. Sie haben große, helle Umkleide- und Speiseräume, die mit Speisenanwärmen und Kaffeelochapparaten ausgerüstet sind. Ferner besitzt jedes Geschoh Wasserlosetts und Baderäume. Um die Bäder gegen Erhaltung zu schützen, ist das Treppenhaus geheizt.

Zu ermahnen bleibt noch, daß das Lagerhaus eigne Eisenbahn-Gelände besitzt, auf denen die Eisenbahn-Frachtgüter direkt angefahren werden.

Das Personal des Vereins zählt 5 Vorstandsmitglieder, 10 Buchhalter, 2 Lageristen, 2 Maschinisten, 27 Arbeiterinnen, einen Bademeister, 30 Bäder, 175 Verkäuferinnen und 30 Verkäufer. Alle Arbeiter erhalten die von den Gewerkschaften geforderten Löhne und Arbeitsbedingungen.

Ein Mangel des alten und des neuen Phosphorzündwaren-Gesetzes. Das Gesetz vom 8. Juli 1893 erstreckt sich nur auf die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Anfertigung von Zündhölzern unter Verwendung von weißem Phosphor und das dann in Kraft tretende Gesetz vom 10. Mai 1903, betreffend Phosphorzündwaren, erstreckt sich wohl auf die Herstellung von Zündhölzern und anderen Zündwaren, bestimmt aber in Absatz 4 § 1, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes auf Zündbänder, die zur Entzündung von Grubenlichterlampen dienen, keine Anwendung finden. Es ist dies um so auffälliger, als bis jetzt zur Herstellung dieser Zündbänder eine mit weißem Phosphor bereitete Zündmasse benutzt wird. Aus diesem Grunde hielt es auch der Gewerbeaufsichtsbeamte des Bezirks Müritzen, nach Angabe des Jahresberichts der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten über ihre Thätigkeit im Jahre 1902, aus eigenem Antriebe für geboten, auch den Inhabern einer in diesem Bezirk befindlichen Anlage zur Herstellung von Zündbändern für Grubenlichterlampen, obgleich diese Anlagen alle nicht unter die erwähnten Gesetze fallen, eine ärztliche Ueberwachung und Unterzuchung des Personals dieses Betriebes, das zur Zeit nur aus Arbeiterinnen besteht, zur Pflicht zu machen, da auch er der Meinung war, daß Gesundheitschädigungen des Personals wegen der Verwendung von weißem Phosphor nicht ausgeschlossen seien. Diese ärztlichen Untersuchungen haben im Jahre 1902 zum ersten Male stattgefunden. Dabei ist zwar kein Fall von Nierennekrose unter den Arbeiterinnen konstatiert worden, wohl aber einige Zahnschmelzentzündungen. Es liegt nun doch nahe, daß bei fortgesetztem Arbeiten mit der gefährlichen Zündmasse aus weißem Phosphor aus dieser Vorstufe der Nierennekrose, den Zahnschmelzentzündungen, sich wirkliche Nierenentzündungen bilden können, und daß dies auch nicht durch die Anwendung von Zahnbürsten und Zahnpulvern verhindert werden kann. Denn der weiße Phosphor bleibt doch offenbar ebenso giftig, ob er zur Herstellung von Zündhölzern oder zu der von Zündbändern verwendet wird. Aus diesem Grunde ist eine recht baldige Abänderung der betreffenden gesetzlichen Bestimmungen im Interesse der bedrohten Arbeiterinnen dringend nötig.

Wie furchtbar die Folgen der Phosphorvergiftung in manchen Fällen sind, ist aus einer Mitteilung des Jahresberichts der sächsischen Aufsichtsbeamten für 1902 ersichtlich. Daraus mußte am 1. Juli ein in einer Zündwarenfabrik beschäftigter Arbeiter, der ausüblicherweise in Schreinereien und anderen Gewerbebetrieben arbeitete, wieder wegen Phosphornekrose die Arbeit einstellen und sich in ein Krankenhaus in ärztliche Behandlung begeben. Er war in der Fabrik „hauptsächlich“ mit Herstellung von Wische und Lederfett beschäftigt und hatte sich die Phosphornekrose in Kassel in einer Fabrik bei Herstellung der Zündmasse für die sogenannten Vulkanhölzer im April 1896 zugezogen. Er ist 43 Jahre alt, Vater von 10 Kindern und war innerhalb zwei Jahren zu zwölf Operationen am Oberleiste unterzogen worden. Von der Invalidenversicherungs-Anstalt bezieht er monatlich 14 M., für Wohnung allein muß er monatlich 13 M. bezahlen. Von seinen Kindern sind zwei als Dienstmädchen thätig und unterstützen die Familie, was aber nicht zur körperlichen Ernährung derselben ausreichen kann. Und für diese furchtbaren Verunstaltungen seines Gesichts, unter denen seine ganze Lebensfähigkeit leidet, und die dabei ausgestandenen langen qualvollen Schmerzen erhält der Mann monatlich 14 M. Invalidenrente, noch nicht 50 Pf. pro Tag! Daß diese Rente auch dann ganz ungenügend wäre, wenn der Mann nicht zehn Kinder hätte, liegt auf der Hand. Aber trotz solcher offenkundigen Ungleichheiten des Invalidenversicherungs-Gesetzes wird dasselbe in allen regierungsfreundlichen Veröffentlichungen über das Wohnrecht gelobt.

Hyridin als Denaturierungsmittel. Die hessischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten empfehlen in ihrem Bericht über das Jahr 1902 ein ganzliches Verbot des Hyridin als Denaturierungsmittel des zur Politurenbereitung dienenden Spiritus, da sie die Beobachtung gemacht haben, daß das dem Spiritus zugegebene Hyridin durch seinen Geruch und seine Eigenschaften, selbst in geringeren Mengen, beim anbauenden Aufenthalt in Räumen, die mit Dämpfen von dem Hyridin denaturiertem Spiritus geschwängert sind, nachteilig auf die Gesundheit der Arbeiter einwirkt. Ganz ähnliche Beobachtungen sind von Berliner Ärzten, z. B. Herrn Dr. Blaschko, gemacht worden; aber ihre, eine andere Denaturierungsmethode bezweckenden Vor schläge haben bis jetzt keinen Erfolg gehabt, obwohl eine ganze Reihe dem Hyridin gleichwertige Denaturierungsmittel zu Gebote stehen. Nachdem nun dieselben Klagen von den hessischen Aufsichtsbeamten erhoben werden, sollte doch endlich der Bundesrat Abhilfe schaffen.

Verfassungen.

Die Bädereigenen und die preussischen Landtagswahlen. In einer öffentlichen Wädereigenen Versammlung, die Dienstagmorgen in Kellers Festsaal tagte, sprach Reichstags-Abgeordneter Eduard Bernstei n über die preussischen Landtagswahlen und ihre Bedeutung für die Bädereigenen. Der Redner wies darauf hin, welche wichtigen und großen Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung von dem preussischen Landtag abhängig sind, welche hervorragendes Interesse die Arbeiterschaft daran haben muß, eigne Vertreter in den Landtag zu senden und mit aller Energie nach Verrückung des sächsischen Wahlrechts zu streben. Wie aber die Bädereigenen nicht nur als Klassenbewußte Arbeiter und als Staatsbürger, sondern auch in ihrem Verufe als Wähler aufs höchste an der Zusammenfassung des Landtags interessiert sind, das zeigte der Redner unter Hinweis auf viele Thatsachen, die beweisen, wie sehr jene Körperschaft zum Schlußpunkt und zum Bollwerk der Reaktion auch in sozialpolitischer Hinsicht geworden ist und jede gesetzliche Maßnahme zu Gunsten der

Bädereigenen zu vernichten, jeden Fortschritt zu hintertreiben sucht, was ihr ja auch mit der im Jahre 1900 von der preussischen Regierung geplanten Verordnung über die Zustände in den Bädereien leider gelungen ist. Der Redner schloß seinen Vortrag mit der Aufforderung an die Anwesenden, alle Kräfte aufzubieten, um Verträge zu legen in das Volkwerk der preussischen Reaktion. (Beifall) In der Diskussion sprach zunächst Hegschold. Er kennzeichnete ebenfalls den reaktionären Charakter des Landtages, der besamntlich zu Gunsten der Bädereigenen die gesetzliche Beschränkung der Ausbeutungszeit auf 18 Stunden wieder aus der Welt zu schaffen versucht hat, und ging des weiteren auf die Frage ein, ob wohl der Umstand, daß für viele Bädereigenen noch das Kost- und Logiswesen besteht, dazu führen wird, diese Arbeiter als „Unselbständige“ zu erklären und ihnen das Wahlrecht zum Landtag abzuspreden. Um hierin sobald wie möglich Klarheit zu schaffen und eventuell Protest einlegen zu können, machte der Redner den Vorschlag, daß in der nächsten Nummer der Zeitung „Der Bäder“ ein Aufruf erscheint, durch den alle über 24 Jahre alten Bädereigenen, die mindestens ein halbes Jahr in Berlin und Preußen sind, aufgefordert werden, sobald als möglich ihre Adressen im Bureau, Klosterstraße 101, abzugeben, und daß ferner die Adressen aller in der gleichen Lage befindlichen Verbandsmitglieder aus den Listen ausgezogen werden, damit sofort nach Anlegung der Wählerlisten eine genaue Kontrolle vorgenommen werden kann. — Diese Vorschläge wurden von der Versammlung einstimmig angenommen. — Schneider wies noch auf einen Artikel der „Staatsbürger Zeitung“ mit dem Titel „Gegen die Bäderei-Verordnung“ hin, worin das alte lächerliche Geschwätz von dem früheren schönen Einvernehmen zwischen Meister und Gesellen, das durch diese Verordnung gestört worden sein soll, wieder aufgewärmt wird. Er forderte ebenfalls zu energischer Beteiligung an den Wahlen auf. — Der Referent machte in seinem Schlußwort noch darauf aufmerksam, wie unentbehrlich die gewerkschaftliche Organisation neben der Bethätigung der Arbeiterschaft an der Gesetzgebung ist.

Die Hausdiener-, Bäder- und Geschäftsführer-Vereinigung hielt am 24. August ihre Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende teilte mit, daß wir vom 1. Oktober ab einen eignen Arbeitsnachweis selbst Bureau besitzen werden und zwar in dem Grundstück Walderstraße 12. Gilbert sprach sodann über den Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die Versammlung stellt sich bezüglich des 6. Kongresses auf den Standpunkt des Referenten, der sich gegen jede Einigung überhaupt, soweit unsere Organisation in Frage kommt, sowie gegen das Obligatorium der Zeitung erklärt. Im übrigen nimmt die Versammlung zu den weiteren Fragen eine passive Stellung ein.“ Als Delegierter wurde Kluge, als Ersatzmann Gilbert gewählt.

Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission hielt am 28. August eine Sitzung ab, in der zunächst die Referenten-Vermittlung diskutiert wurde. Nach einem Antrage des Ausschusses, der einstimmig angenommen wurde, soll dieselbe wie folgt organisiert werden. Auf Wunsch sollen jeder Gewerkschaft zu ihren Mitglieder-Versammlungen Referenten unentgeltlich gestellt werden aus dem Reigen derjenigen, die sich hierzu zur Verfügung stellen, jedoch nur durch Vermittlung des Obmannes. Das Kähere soll durch ein Rundschreiben an die Gewerkschaftsvorstände kargelegt werden. Der Bericht des Wahlausschusses erstreckte sich nur auf die Orts-Krankenkassen-Wahl; dem Verfahren früherer Jahre gemäß sollen auch diesmal die Vorbereitungen zur Delegiertenwahl erledigt werden. Des weiteren wurde beschloffen, Sammellisten für die Textilarbeiter in Ermitzschau herauszugeben. Der Vertreter der Handels- und Transportarbeiter erlatete Bericht über die Lohnbewegung der Arbeiter der Vereinigten Mörtelwerke bei der Firma Globig. Die Proschäre „Die Bedeutung und Aufgaben der Gewerkschafts-Kartelle“ soll den Delegierten gratis geliefert werden. Ebenfalls wurde ein Antrag angenommen, worin die Gewerkschaften verpflichtet werden, ihren Delegierten das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ zu liefern. Entschuldigt fehlten die Püger.

Ein internationaler Mittelstands-Kongreß. Stuttgart, 1. September. (W. S.) In Anwesenheit von Vertretern aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Holland, Oesterreich-Ungarn und Rußland fand heute im Landes-Gewerbenuseum ein Kongreß zur Gründung eines internationalen Verbandes zum Studium der Verhältnisse des Mittelstandes statt. Nach längerer Beratung wurde die entgeltliche Konstituierung des Verbandes beschloffen, der es sich zur Aufgabe macht, unter Ausschluß aller konfessionellen und politischen Fragen und unter Verzicht auf jede Propaganda zu Gunsten eines Reformprogramms sowie auf jede Beeinflussung der bestehenden Interessengruppen die Interessen des gesamten Mittelstandes in einem Centralausschusse und in einem in Brüssel zu errichtenden ständigen Sekretariat zur Sammlung, Sichtung und Verarbeitung des auf den Mittelstand bezüglichen Materials zu fördern. Das Präsidium des Verbandes wechselt alle drei Jahre unter den dem Verbands angehörenden Ländern. Für die nächsten drei Jahre wurde dasselbe Deutschland übertragen, nachdem die belgischen Vertreter abgelehnt hatten.

Rönigsberg i. Pr., 1. September. (W. S.) In der heutigen Stadtverordneten-Sitzung wurde der Antrag des Magistrats, zur Verrückung der Rot der Ueberzweimten für Schlesien 1000, für Posen und Brandenburg je 500 M. zu bewilligen, einstimmig angenommen.

Budapest, 1. September. (W. S.) In der Ganzschen Maschinenfabrik sind gestern 100 Eisengischer in den Ausstand getreten, worauf die Fabrik auch sämtliche Hilfsarbeiter entließ. Die Veranlassung zu dem Ausstand sind Lohnminderungen.

Besgrab, 1. September. (W. S.) Der Streik der Straßenbahnbediensteten wurde heute beendet, da die Direktion einzelne Forderungen der Bediensteten, die Versicherung betreffend, befriedigte; die Entlassung mehrerer Angestellten wurde jedoch aufrechterhalten. Der Verkehr wurde heute nachmittags wieder aufgenommen.

London, 1. September. (W. S.) Die „Westminster Gazette“ schreibt, es laufe ein Gerücht um, das sie, wenn es auch aus einer Quelle stamme, von der man annehmen könne, daß sie gut unterrichtet sei, nur mit jedem Vorbehalt wiedergebe. Es verlautet nämlich, daß in der nächsten Sitzung des Kabinetts der Herzog von Devonshire in ganz bestimmter Form seine Billigung der Pläne Chamberlains ausprechen und aus dem Kabinet austreten werde.

Konstantinopel, 31. August. (W. S.) Bei Tirnowo haben drei Nachtstöße stattgefunden. Seit der Ankunft des Artillerie-Kommandanten von Adrianopel Schukri Pascha ist die Verfolgung der Banden wesentlich wirkungsvoller. Einige kleine Truppen- und Gendarmen-Abteilungen aus Kirklisse und Tirnowo werden seit Beginn der Bewegung vernichtet. Man glaubt, daß sie sich in den Gebirgs- und Waldgebieten verhalten. Die Abwanderung der Bewohner des Grenzgebietes nach Kirklisse dauert fort. Komiteebanden haben seit dem 18. August drei Grenzwachthäuser angegriffen und in Brand gesteckt. Von 29 Mann der Besatzung haben sich nur neun gerettet.

Washington, 1. September. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Staatssekretär Hay hat von dem amerikanischen Konsul in Beirut Abnabd das erste direkte, vom 31. v. M. datierte Telegramm erhalten. Dasselbe lautet: „Der Anschlag auf Nagelshens Leben ist fehlgeschlagen. Er ist demselben nur mit knapper Not entgangen, hat aber keine Verletzungen davongetragen.“

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein internationaler Mittelstands-Kongreß.

Stuttgart, 1. September. (W. S.) In Anwesenheit von Vertretern aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Holland, Oesterreich-Ungarn und Rußland fand heute im Landes-Gewerbenuseum ein Kongreß zur Gründung eines internationalen Verbandes zum Studium der Verhältnisse des Mittelstandes statt. Nach längerer Beratung wurde die entgeltliche Konstituierung des Verbandes beschloffen, der es sich zur Aufgabe macht, unter Ausschluß aller konfessionellen und politischen Fragen und unter Verzicht auf jede Propaganda zu Gunsten eines Reformprogramms sowie auf jede Beeinflussung der bestehenden Interessengruppen die Interessen des gesamten Mittelstandes in einem Centralausschusse und in einem in Brüssel zu errichtenden ständigen Sekretariat zur Sammlung, Sichtung und Verarbeitung des auf den Mittelstand bezüglichen Materials zu fördern. Das Präsidium des Verbandes wechselt alle drei Jahre unter den dem Verbands angehörenden Ländern. Für die nächsten drei Jahre wurde dasselbe Deutschland übertragen, nachdem die belgischen Vertreter abgelehnt hatten.

Parteistreit oder Parteiarbeit.

So weit sich die Parteipresse mit unserem Sonntagsartikel über die neuerlichen Parteistreitigkeiten beschäftigt, drückt sie ihn zu stimmend ab. Die „Frankfurter Tagespost“ findet ihn „ernstlicher Beachtung“ wert. Das „Halleische Volksblatt“ nennt ihn ein Mahnwort zur rechten Zeit. Das „Offenbacher Abendblatt“ ist der Meinung, daß der Artikel „thatsächlich zur rechten Zeit kommt und allgemeine Beachtung verdient“.

Eine Ausnahme bildet naturgemäß die „Leipziger Volkszeitung“. Naturgemäß; denn gegen Stimmungen und Tendenzen, wie sie seit einiger Zeit in unserem Leipziger Organ zum Ausdruck kommen, richtete sich ja gerade unser Artikel. Die Manier der gegen uns von dem Leipziger Blatt geführten Polemik entfällt sich am klarsten in den folgenden Sätzen:

„Er (der „Vorwärts“) spricht von der Vicepräsidenten-Frage als einem „täglischen Problemchen“, das dem „unerforschlichen Ratshluch eines grübelnden Parteikristalliers“ entsprungen sei. Der arme Bernstein! Wir werden niemals die großen Dienste vergessen, die er der Partei in schwerer Zeit geleistet hat, und wenn wir seinen Wegen schon seit Linge nicht mehr folgen können, so haben wir nie daran gezweifelt, daß er nach seinem besten Wissen und Gewissen das Wohl der Partei will. Er hat die Vicepräsidenten-Frage in aller Ehrlichkeit als ein Glied seiner revisionistischen Bestrebungen aufgeworfen, und so sollte sie auch der Genosse Vollmar in seiner Münchener Rede auf. Dann aber, als gerade dieser Tropfen Wasser den Gehuldsimer der Parteimassen überlaufen ließ, hieß es: Wie? dieser Tropfen Wasser, diese „qualifizierte Dummheit“, dieses „täglische Problemchen“ soll den Parteitag beschäftigen?“

Diese Sätze enthalten wie gegen andre Parteigenossen, so gegen den „Vorwärts“ in aller Gemütslichkeit und Harmlosigkeit den Vorwurf der Gefinnungslumperei. Wenn sie einen Sinn haben sollen, so kann es nur der folgende sein: Erst haben wir die Frage für eine sehr wichtige Aktion gehalten, dann aber, als wir sahen, daß die Sache schief ging, haben wir plötzlich die Einbildung gemacht, daß die Affaire ganz gleichgültig sei, natürlich aus feiger Furcht, um uns auf dem Parteitag keine Niederlage zuzuziehen. So weit diese Verdächtigung den „Vorwärts“ angeht, können wir sie durch unabweisliche Thatsachen widerlegen: Wir haben nach dem ersten Artikel Bernsteins kurz Stellung gegen den Vorschlag genommen. Als dann Bernstein uns eine Erwiderung sandte, haben wir sie abgelehnt, weil wir eine so gleichgültige Frage einer Diskussion für unwert hielten. Genosse Bernstein hat wegen der Weigerung Beschwerde gegen uns geführt und die Prehkommision ist unserer Auffassung beigetreten. Wir haben also nicht erst „dann“ die Frage für ein „täglisches Problemchen“ erklärt, sondern sind uns von Anbeginn bis zu diesem Augenblick konsequent geblieben. An dieser Feststellung zerplittert der Angriff der „L. B.“ Allerdings können wir ihr die gleiche Konsequenz nachrühmen. Sie hat von Anfang an die Sache zu einer Aktion gemacht; sobald sie nur ein Klammchen aufzuden sah, hat sie wieder geblaffen bis zu dieser Stunde.

Gegen solche Art der Polemik läßt sich mit sanftem Streicheln nichts machen. Ein derbes Zusetzen halten wir aber für nicht parteiförderlich. Wir haben uns deshalb bereits seit geraumer Zeit zur Pflicht gemacht, gegen bestimmte Prehkürungen nicht zu polemisieren. Und werden diese Praxis auch künftig verfolgen.

Wie allgemein das Bedürfnis der Parteigenossen ist, die Dresdener Woche der Parteiarbeit, nicht dem Parteistreit zu widmen, geht aus dem Umstand hervor, daß gleichzeitig und unabhängig von uns ein Genosse, mit dem wir nicht oft einer Meinung sind und der auch in der Vicepräsidenten-Frage eine andre Ansicht wie wir hat — er ist für einen sozialdemokratischen Vicepräsidenten — daß Genosse Parvus in seiner „Weltpolitik“ zu ganz ähnlichen Betrachtungen wie wir kommt. Er schreibt dort über „Ruglosen Streit“ u. a.:

„So hat man es dem glücklich soweit gebracht, daß der Parteitag von einem Hausstreit der Partei ausgefüllt werden wird. Da hat man sich den Kopf zerbrochen, wie man die gewaltige Tagesordnung am besten einteilt: eine Siegesfeier sollte es sein und große Aufgaben sollten entfaltet, weitläufige Resolutionen gefaßt werden, der Achtundzestundtag, der Arbeiterkongress u. c. l. Jetzt ist alles eminent vereinfacht: schon beim Bericht des Parteivorstandes setzt das Gezänk ein, und das hört nicht auf, bis man ihm nicht mit Gewalt ein Ende legt, und schlüft auf jeden Fall Dreiviertel der Zeit des Parteitages. Und die Leute der mittleren Linie, die in jeder prinzipiellen Erörterung ein Vereinigungsmoment der Partei erblicken, die gerade schärfen jetzt den Streit und sind emsig daran, ihn persönlich zuzupflügen. Oher Welch andres Ergebnis kann es denn haben, wenn man zwei Referenten zu der gleichen Frage ernennet und Bebel Vollmar entgegengesetzt? Also das der Abschluß? Die Massen haben sich über alles, über alle Streitigkeiten und Zweifel in unserer Mitte hinweggesetzt und durch ihr geschlossenes Auftreten alle und nicht zuletzt uns selbst nochmals zum Bewußtsein der sozialrevolutionären Kraft gebracht, die in ihnen steckt — und an den Gipfel dieser historischen Begebenheit setzt die Partei einen Nebekampf zwischen Bebel und Vollmar!“

Wenn je ein Moment ungeeignet war zu einem Parteistreit, so ist das der gegenwärtige Augenblick. War der Sieg groß, so brauchen wir uns so große Einigkeit, um ihn auszunützen. Die Partei muß sich groß zeigen. Bekümmert sie sich in Kleinigkeiten angesichts der großen Situation, so wird sie zum Weispöde der Gegner. Kleinlich aber ist der jetzige Streit und überflüssig.

Man kann es kaum fassen, daß eine derartige, ganz formelle und äußerst unbedeutende Angelegenheit soviel Staub in der Partei hat aufwirbeln können. Die Erklärung liegt in den Neben Umständen. Vor allem war es Ed. Bernstein, der die Frage in der Deffentlichkeit angeregt hat. Seit Jahren eignet sich kein Mensch mehr als dieser Schriftsteller dazu, aus einer klaren Frage ein verwickeltes Problem zu machen. Sodann ist hinter Bernstein die gesamte bürgerliche Journalistik her, um nur etwas auszuschnappen, was man gegen die Partei verwerten könnte. Die bürgerliche Presse hat sich denn auch sofort der Sache bemächtigt und verhandelt den Parteistreit, noch bevor er da war. Schließlich giebt es Geister in der Partei, die sich als die Antipoden Bernsteins fühlen. Was Bernstein verkehrt denkt, das denken sie umgekehrt. Ueber den Diskussionsgegenstand hinweg sehen sie auf Bernstein und springen ihm ins Gesicht.

Daß Bernstein seine Antipoden fand, war selbstverständlich ein gefundenes Fressen für die liberale Presse. Wie gewöhnlich, that sie noch ein Uebriqes, fälschte, verdrehte und log. So war z. B. die erste Erklärung Bebel's nur der energische Ausdruck einer durchaus berechtigten Indignation darüber, daß der Eindruck der großartigen Wahlumgebung durch die kleinliche Wichtigkeitserei in einer Hofceremonienmeister-Frage versucht wird. Die bürgerliche Presse gab dieser Erklärung tausend Spigen gegen Richtungen und Personen. Am kam Vollmar, der übrigens förmlich mit Spiegein und Stangen von der Presse gehetzt wurde, in die Arena zu treten, und erging sich in einer fulminanten Rede um die Bebel'sche Erklärung herum und machte erst die Sache zu einer Haupt- und Staatsaktion. Das weitere läßt sich leicht übersehen.

Mit seiner bekannten Offenheit sagt es uns ja auch Bebel selbst, daß er erst durch die in der Parteipresse gedauerten Ansichten dazu

kam, der Präsidentschaftsfrage eine größere Bedeutung beizulegen. Also der große Parteistreit ergab sich erst aus der Diskussion, der Gegenstand selbst bietet nicht soviel Interesse. Mit andren Worten, aus geringfügiger Veranlassung plagten die bereits vorhandenen Meinungsgegenstände scharf aufeinander. Da aber die Veranlassung geringfügig ist, so kann eine groß angelegte Diskussion zu keinem gleichwertigen konkreten Ergebnis führen.

Dazu kommt, daß in diesem falsch disponierten Meinungskampfe — wie ein schiefer Turm, der dabei noch auf die Spitze gestellt ist — die Gesichtspunkte sich leicht verschieben. Der Opportunismus der Präsidentschafts-Frage liegt offenbar darin, daß man diese Sache so furchtbar aufbauscht. Wie eingengt muß doch der Gesichtskreis sein, um nach der ganzen großen Entwicklung, welche die Partei durchgemacht hat, die Frage des Vicepräsidenten zu einem politischen Brennpunkt zu machen. Man vergegenwärtige sich dabei, welcher Wert gerade von jener Seite auf „praktische Thätigkeit“, „positive Arbeit“ u. c. gelegt wird. Die ganze praktische Unfähigkeit des Opportunismus, seine Energielosigkeit und geistige Trägheit zeigt sich darin, daß er von den größeren Aufgaben zu diesem ohne Kraftausbebot erreichbaren Erfolg innerhalb des parlamentarischen Formalismus sich flüchtet. Diese ganze opportunistische Aktion ist erst durch die Opposition zu einer politischen Höhe aufgetrieben worden, die sie allein unter keinen Umständen würde erreichen können.

So weit Parvus, dessen Ausführungen wir Wort für Wort untergeschrieben. Nur sind wir immer noch der Hoffnung, daß sich seine pessimistische Voraussage nicht erfüllen wird, und daß der Parteitag nicht dem Parteistreit verfallen wird.

Bedürfen gewisse Fragen willkürlich noch einer Ausstragung, wir können sie ohne Not vertagen. Der erste Parteitag nach dem 16. Juni bedarf der ganzen Größe und Würde, die den Wahlkampf und den Wahlsieg auszeichnet. Ein bedeutsamer Augenblick darf kein kleines Geschlecht, eine gewaltige Sache nicht habende Personen finden. Wir wollen arbeiten, das andre, was einzelnen Parteigenossen so übermäßig am Herzen liegt, mag sich 1904 oder 1905 finden, wenn man bis dahin noch Interesse daran haben sollte.

Gerichts-Zeitung.

Wegen Mißhandlung eines Schülers hatte sich gestern der Lehrer Kirchner vor der vierten Ferienkammer des Landgerichts I zu verantworten. Ihm wurde folgendes zur Last gelegt: Im März d. J. erteilte der Angestellte in der ersten Klasse der 42. Gemeindeschule den Rechenunterricht, an dem auch der etwa 13jährige Sohn des Tapezierers Pisch teilnahm. Angeblich teil der Knabe gelacht hatte, gab ihm der Lehrer mit einem fingerbiden Stoß mehrere Hiebe über den Rücken und das Gesicht, ließ ihn dann aus der Bank herauskommen, und da dies nach Ansicht des Lehrers nicht schnell genug ging, packte er ihn am Stragen und stieß ihn vorwärts. Hierbei ist der Schüler gegen das im Klassenzimmer stehende Klavier geflogen. Zu Hause angekommen, klagte der Knabe über heftige Schmerzen im Rücken. Er wurde von den Eltern in ärztliche Behandlung gegeben, die längere Zeit ausgedehnt werden mußte, weil sich bei ihm eine hochgradige Nervenzerrüttung bemerkbar machte, die von Krampfanfällen begleitet war. Diese Krankheitserscheinungen sind auch jetzt noch nicht völlig überwunden und werden auf den Anprall zurückgeführt, den der Knabe durch jenen, von seinem Lehrer erhaltenen Stoß beim Aufschlagen auf das Klavier erlitten hat.

Die Verweisnahme drehte sich denn auch im wesentlichen um die Feststellung, ob und wie der Knabe gegen das Klavier geflogen war. Die Meßbezüglichen Aussagen lauteten jedoch sehr widersprechend.

Einige der als Zeugen geladenen Schüler, wie auch der kleine Pisch selber behaupteten, er sei mit dem Rücken auf das Klavier aufgeschlagen, andre wiederum sagten aus, dies sei mit der vorderen Körperseite geschehen. Von besonderem Interesse waren sodann die Gutachten des Sanitätsrats Dr. Luderich, der den Knaben behandelt hatte, und des Stadt-Schulinspektors Hausen. Letzterer meinte, eine Gesundheitschädigung des Knaben liege zweifellos vor; diese sei jedoch mehr eine Folge des bei der Jüchtigung ausgestandenen Schrecks und der Erregung, als der eigentlichen Jüchtigung selbst. Der Lehrer habe keine Veranlassung gehabt, etwa wegen der ausnehmend schwächlichen Körperkonstitution des Knaben von einer derartigen Jüchtigung Abstand zu nehmen, deren Folgen nicht vorausgesehen waren. Herr Hausen kann in der eigentlichen Jüchtigung eine Ueberschreitung des Jüchtigungsrechtes ebenfalls nicht erblicken; er würde dies jedoch thun, wenn nachgewiesen wäre, daß die Gesundheitschädigung des Knaben thatsächlich durch den Stoß des Lehrers verursacht worden sei. Dagegen liege hier zweifellos ein grober pädagogischer Mißgriff vor, weil der Lehrer bei diesem Meinen, nur fimmerlich entwickelten Knaben eine Jüchtigung angewandt habe, die viel leicht bei einem stärkeren Jungen ganz am Plage gewesen wäre. Das Urteil lautete infolge der widersprechenden Zeugenaussagen auf Freisprechung. Damit waren auch die Ansprüche des als Nebenkläger zugelassenen Vaters des Knaben abgewiesen. Der Lehrer Kirchner erklärte sich jedoch bereit, diesem die entstandenen Heillosten zu ersetzen.

Ein schwerer Unfall auf einem Straßenbahnhofe lag einer Klage wegen fahrlässiger Tötung zu Grunde, die gestern den Schlosser Karl Döge vor die zweite Strafkammer des Landgerichts I führte. Der Unfall ereignete sich am 10. Juni er. auf dem Straßenbahnhofe XII in der Schönhauser Allee in der großen Reparatur-Werkstatt. Der Angestellte hatte an einem schadhast gewordenen Motorwagen die Bremsvorrichtung auszubessern. Um zu erproben, ob die letztere richtig funktioniert, fuhr er mit dem Motorwagen wiederholt mehrere Meter vor- und rückwärts. Unterhalb der Fahrbahn zieht sich ein Arbeitskanal hin, von welchem an mehreren Stellen kleine Treppen nach oben führen. Als der Wagenführer Hermann Wächlin, der die Führerschiene für die Unterseilung zu säubern hatte, aus dem Arbeitskanal die Treppe emporstieg, wurde er von dem Motorwagen des Angestellten, der gerade wieder ohne Glockensignal ein Stückchen vorwärts fuhr, erfasst und durch den Schanzhaken gewaltsam gegen den Boden gepreßt. Er hatte so schwere Quetschungen erlitten, daß er mittels Krankenwagens nach dem Krankenhaus Friedrichshain transportiert werden mußte, wo er kurze Zeit nach der Einlieferung verstarb. Nach der Befundung des Medizinalrats Dr. Ritzniewig ist der Tod infolge Verletzung der Leber, des Magens und des Dünnarmes eingetreten. Der Angestellte wurde für den Tod verantwortlich gemacht. Nach der Aussage des Betriebsingenieurs Rantzen lag nur die Reparatur der Bremsen, nicht aber das Probefahren des Motorwagens innerhalb der Befugnisse des Angestellten; abgesehen davon hätte er klären müssen, da er mit der Möglichkeit zu rechnen hatte, daß in jedem Augenblick jemand aus dem Kanal an die Oberfläche emporsteigen konnte. — Der Gerichtshof verurteilte den Angestellten zu drei Monaten Gefängnis.

Vermischtes.

Ein Offizier hat in Wesel versehentlich den Unteroffizier Vogt von der 3. Compagnie des dort garnisonierenden Infanterie-Regiments Nr. 22 erschossen. Auf dem Militärgefängnisse auf der Überländer Insel bei Wesel war ein junger Offizier mit dem Entladen eines Revolvers beschäftigt. Kurz zuvor hatte der Offizier dem Schließunteroffizier Vogt befohlen, das Schießen einzustellen, dieser jedoch trat trotzdem vor, gab einen Schuß ab, sprang dann zurück, unmittelbar vor die Mündung des Revolvers, den der Offizier

in der Hand hielt, und aus dem unglücklichweise in diesem Augenblick ein Schuß losging. Die Kugel führte den sofortigen Tod des Betroffenen herbei. Den Offizier scheint an dem bedauerlichen Vorfall keine Schuld zu treffen.

Ueber den Stand der Typhus-Epidemie in Braunschweig veröffentlicht die dortige Polizeidirektion folgende Mitteilung: In der abgelaufenen Woche sind neuerkrankungen unter den Waldspielkindern nicht gemeldet. Die Krankheit unter den Kindern scheint daher mit der Zahl der im Anfang der vorigen Woche mitgeteilten Krankheitsfälle (bis dahin 208) ihren Höhepunkt erreicht zu haben und jetzt im Rückgange zu sein, wenn es auch nicht ausgeschlossen ist, daß vereinzelte verschleppte Krankheitsfälle auch ferner noch zur Anmeldung kommen werden. Zu der in voriger Woche gemeldeten Zahl von Erkrankungen erwachsener Personen (32) sind zwei weitere hinzugekommen. Todesfälle unter den Waldspielkindern sind in der abgelaufenen Woche drei vorgekommen, nämlich Fälle, in denen die Krankheit, die im allgemeinen sonst, wie bisher, einen leichten bis mittelschweren Verlauf genommen hat, von vornherein einen ernsteren Charakter gezeigt hatte. Wo die Ursache der stattgehabten Mischinfektion, auf welche die Typhuserkrankungen zurückgeführt werden zu suchen ist, ist auch bisher durch die fortgesetzten Untersuchungen noch nicht aufgekärt, und es erscheint zweifelhaft, ob der ursprüngliche Infektionsherd überhaupt noch wird ermittelt werden können. Gestorben an Typhus sind bis jetzt sieben Kinder und ein Erwachsener.

Auch aus Thorn wird über Typhusfälle berichtet. In der Melldenische, in der Bromberger Vorstadt, sind, wie die „Thornor Deutsche Zeitung“ meldet, sieben Personen unter typhusverdächtigen Erscheinungen erkrankt.

Aus dem dunkelsten Deutschland. Man reißt sich die Augen und fragt sich, ob man wirklich im Zeitalter der Naturwissenschaften lebt, wenn man folgende Mitteilungen der „Köln. Volks-Ztg.“ liest:

Die Anwesenheit des Herrn Kardinal-Erzbischofs Ferrari bei dem großen Katholikentage in Köln hat Gelegenheit geboten, an die geschichtlichen Beziehungen zu erinnern, welche seit den Zeiten Friedrich Barbarossas zwischen der Stadt des h. Ambrosius und der rheinischen Metropole bestehen. Den Wäldern sind allerdings diese Beziehungen nicht immer als freundliche erschienen: glaubten sie doch, als Erzbischof Meinold von Köln im Sommer des Jahres 1164 die Reliquien der heiligen drei Könige über die Alpen entführte, um ihnen in seiner Kathedrale eine neue Ruhestätte anzuweisen, den endgültigen Verlust ihres kostbaren Heiligtums beklagen zu müssen. Die Kölner aber, deren Stadt von nun an noch mehr als vordem ein Stolz der bestbesetzten Pilgerziele geworden war, rühmten sich mit Stolz, im ungetheilten Besitze des ehrwürdigen Schatzes zu sein. Der Spruch: Corpora sanctorum roubantur hic torna magorum, Ex his sublatum nihil est alibi locatum (Die Gebeine der heiligen drei Weisen liegen hier und nichts von ihnen wurde an eine andre Stätte gebracht) war nicht bloß auf der Kapelle zu lesen, die den kostbaren Schrein umschloß, sondern auch auf den Zetteln, welche die Wallfahrer zum Andenken mit von ihnen nahmen, und selbst in den Geschichtsbüchern der Stadt. Mit eifriger Sorge wurde darüber gewacht, daß er seine volle Geltung behielt: vergebens bemühten sich die Päpste Alexander VI. und Gregor XIII., letzterer auf Witten des heiligen Karl Borromeus, um die Wiedererlangung der Reliquien für die Kathedrale von St. Ambrosius. Doch im Jahre 1676 verweigerte das Kölner Domkapitel dem Kardinal Erzbischof Althaus selbst die Abgabe einer kleinen Partikel. Jetzt endlich ist, wenn wir so sagen dürfen, Friede geschlossen zwischen Mailand und Köln, da der erlauchte italienische Kirchenfürst einen Teil der Heiligtümer der Stätte wieder zurüchrt, an der sie bis zum Schreckensstage des 26. April 1162 Jahrhunderte hindurch unterferbt geruht hatten. Vielleicht dürfen wir es für besonders bedeutsam halten, daß dieses Ereignis sich vollzogen hat unter den Auspicien einer überaus großartigen Kundgebung katholischen Lebens und Glaubens.

Die herrlichen Gewalten im Lande der Dichter und Denker können sich zur Zeit nicht genug thun in Verbeugungen vor einer Weltanschauung, die im dunkelsten Mittelalter wurzelt und sich allen Ertragenschaften des Menschengeistes mit ausgeprägtester Feindschaft entgegenstellt. Wie traurig wäre es in unfrem Vaterlande aus, wenn der Sozialismus nicht als Lichtbringer erschienen wäre!

Italienische Bauern. In Ponte di Sarno kam es wegen einer gesundheitspolizeilichen Anordnung der Behörde zu einem Zusammenstoß zwischen Karabinier und Bauern. Diese warfen mit Steinen und verwundeten den Polizeikommandanten und einen Unteroffizier. Als dann ein Schuyman einen Schuß in die Luft abgab, wurde er von den Bauern umzingelt; er machte nun von der Waffe Gebrauch, tötete drei Bauern und verwundete mehrere. Die Ordnung ist jetzt wiederhergestellt.

Olyer des Bergtraged. Ueber das Unglück an der Crast' Agizza, bei dem der englische Geistliche Hartley und der Führer Sebastian Play das Leben einbüßten, werden jetzt noch weitere Einzelheiten bekannt. Der gerettete Führer, Christian Smitler, der beim Abstieg viele Kontusionen und einen Bruch des rechten Halsbeins erlitten hat, schildert den Vorgang wie folgt: „Ich war an der Spitze der Partis. Herr Hartley in der Mitte und Play am Ende. Wir hatten die schwierigste Stelle, die untere Platte, überwunden, und ich suchte eben nach Griffen an der oberen Platte, als ich durch einen scharfen Ruck des Seils in die Tiefe gerissen wurde. In dem Augenblick, da ich mich erhob, sah ich eben noch die Körper meiner Begleiter im jähen Absturz gegen den Serexen Gletscher. Weiter konnte ich nichts mehr sehen und hörte auch nichts. Meine Rettung verdanke ich wohl dem Umstande, daß ich etwas weiter nach links hinanangeschleudert wurde und in den Steinen hängen blieb, wobei das Seil zerriß. Ich lehrte hierauf über die Crasta zurück gegen Bebel, traf auf dem Wege die junge, die Rückkehr erwartende Frau des verunglückten Herrn, der ich das Unglück so schonend als möglich mitteilte, und später einen Herrn mit einem Tiroler Führer, die vom Vernina abgestiegen. Mit ihnen setzten wir den Rückweg bis nach Vorderatsch fort und benachrichtigten die Behörden von dem traurigen Vorfall. Der verunglückte Führer Play, ein gebürtiger Oberhalbsteiner, aber seit Jahren in Pontresina niedergelassen, ist 1800 geboren, Vater von 4 Kindern, wovon der älteste nur 10 Jahre zählt. Play war eine nämlich schöne, große und kraftvolle Erscheinung. Auf seinen breiten Schultern betrugte sich ein wahres Fontanahaupt mit klarem, furchtlosem und zugleich wohlwollendem Auge. Der Anblick des gewaltigen Oberhalbsteiners hatte etwas sehr Vertrauens-erweckendes. Play war daher und besonders auch wegen mancher andern hervorsteckenden Eigenschaften ein beliebter und sehr geschätzter Führer. Da er sich längere Zeit in Amerika aufgehalten, sprach er geläufig englisch, was ihn zum Zielobjekt der englischen Touristen machte. Play war einer der Besten des Führervereins Pontresina. Dieser Verein befragt in aufrichtigem Empfinden den Verlust eines treuesten Mitgliedes. Er beklagt damit auch das erste Opfer, das die Berge direkt aus seinen Reihen gefordert. Trotz der bald ein halbes Jahrhundert alten Touristik unfres Tales, trotz der vielen gefährlichen Gipfel und Spizen und Gletscher ist bisher in Oberengadin noch kein Führer verunglückt. Der Engadiner Berg wollte nun auch sein Opfer haben. Er hat sich nach vielen Jahren gnädiger Schöpfung ein teures Opfer ausgewählt im armen Sebastian Play.“

Die Vermisung der Cayman-Inseln. Derselbe westindische Orkan, der vor 14 Tagen Jamaica heimsuchte, hat auch die abseits gelegenen Cayman-Inseln böse mitgenommen. Nach Nachrichten aus New York kamen über 100 Personen um, während die Zahl der Verwundeten noch größer war. 23 Schiffe strandeten und 62 Seeleute ertranken. Der angerichtete Schaden übertrifft noch den des Orkans vom Jahre 1876. Die Stadt Georgetown wurde fast vollständig zerstört.

Kennen Sie
unser Rabatt-System?

No. 34820L.
Gesetzlich geschützt.
RABATT-KARTE
Waarenhaus
A. Jandorf & Co.
Berlin
Belle-Alliancestr. 1-2
Spittelmarkt 16-17 Gr. Frankfurterstr. 113

ANWEISUNG. Wir verfolgen auf Wunsch bei Baarkäufen für je 25 Pf. des bezahlten Betrages eine Rabatt-Mark. Diese Marke klebe man in die auf der Innenseite der Rabatt-Karte vorgedruckten Felder. Sobald die Felder besetzt sind, wird die Rabatt-Karte von uns mit 1 Mark in baar eingelöst.

Von 4. Rabatt-Begünstigungen sind wenige Artikel ausgenommen.

Wer bei Jandorf kauft spart Geld!

A. JANDORF & Co.

Spittelmarkt 16/17 Belle Alliance-Strasse 1/2 Grosse Frankfurter Strasse 113
Ecke Leipziger Strasse Am Blücher-Platz Ecke Andreas-Strasse

Sonder-Verkauf von Lebensmitteln

Kolonialwaren

	1 Pfd.	5 Pfd.
Reis III	0.15	0.70
Reis II	0.20	0.95
Reis I	0.25	1.10
Reisgries	0.17	0.80
Reisflocken	0.24	1.15
Gries I	0.18	0.85
Gries II	0.15	0.70
Hafergrütze	0.18	0.85
Haferflocken	0.20	0.90
Sago weiss oder rot	0.24	1.15
Peritapioca	0.30	1.40
Maccaroni 1/2 u. 1 Pfd.-Packete	0.32	1.55
Maccaroni (Rivoire & Carret)	0.43	2.10
Bruchmaccaroni	0.25	1.20
Façon Nudeln	0.32	1.50
Bandnudeln	0.35	1.65
Eierfadennudeln	0.42	2.00
Hausmachernudeln	0.44	2.10
Condensirte Milch Marke Milchmädchen	0.45	
Zuckerhonig ausgew. Pfd. 40 Pf., in Eimern ca. 10 Pfd.	3.90	
Kakao holländer, garantiert rein, in Orig.-Packet	1.75	8.50
Kakao holländer, in Original-Packeten	2.10	10.00
Kakao deutscher	1.10	1.40

Mondamin (Brown & Polson, London)	1/4 Packet	0.45
Pudding-Pulver	Packet	0.07
Rote Grütze	Karton	0.12
Crème-Pulver	Packet	0.22
Flammerie-Pulver	Packet	0.10
Vanillen-Saucen-Pulver	Packet	0.07

Weizenmehl 00 3 Pfd. 0.26, 5 Pfd. 0.63, 10 Pfd. 1.20	
Kaiser-Auszug-Mehl 3 Pfd. 0.32, 5 Pfd. 0.75, 10 Pfd. 1.45	
Gebrannter Kaffee	
Mischung II III IV V VI VII	
in Packeten brutto 1/2 Pfund	0.38 0.43 0.53 0.63 0.73 0.83

Zucker

Weine incl. Flasche

	1/2 Fl.	Bei 10 Fl.
Marke „Italia“	0.48	0.47
Medoc „Macau“	0.72	0.70
Medoc „Cantenac“	0.95	0.90
Medoc „St. Estèphe“	1.20	1.10
Medoc „Margaux“	1.45	1.40
Obermoseler	0.53	0.52
Moselblümchen	0.58	0.57
Zeltinger	0.68	0.67
Lieserer	0.87	0.85
Trabener	1.15	1.10
Apfelwein	0.28	0.27
Pomril	0.34	0.33
Johannisbeerwein	0.63	0.61
Stachelbeerwein	0.63	0.61
Heidelbeerwein	0.65	0.63

Tafel-Liköre & Flasche Pf.
sortirt: Anisette, Cacao, Alpenkräuter, Curaçao (grün oder orange), Citrone, Pfeffermünz, Vanille, Magenbitter, Goldwasser, Magenbitter, Rosen, Kurfürstl. Magenbitter, Ingber (gelb oder weiss), Maraschino, Bergamot.

Halb und Halb Flasche

63
0.88

Käse

Camembert deutscher	Stück	0.23
Tilsiter	Pfund	0.70
Schweizer	Pfund	0.95
Ramatour	Pfund	0.28
Frühstückskäse	Stück	0.08
Holländer ff.	Pfund	0.85
Edamer	Pfund	0.80
Pumpnickel	Stück	0.14
Pumpnickel in Scheiben	Dose	0.43
Roggenschrotbrot	Stück	0.22

ff. gemahlener Zucker	Pfund	0.22
ff. Brotraffinade	Pfund	0.24
Krystall-feinkörnige Würfel-Raffinade (in 5 Pfund-Packeten)	Pfund	0.26

Fleisch- und Wurstwaren

Braunschweiger Mettwurst	Pfund	0.90
Mettwurst zum kochen	..	0.70
Plockwurst	..	1.15
Leberwurst ff.	..	0.90
Landleberwurst	..	0.80
Fleischwurst (mager)	..	0.80
Cervelat- u. Salamiwurst Dauerware	Pfund	1.20
Sülzwurst	Pfund	0.85
Gekochter Schinken im Aufschnitt	..	1.40
Delikatess-Rollschinken im Aufschnitt	..	1.40
Nuss-Schinken	..	1.05
Schinkenspeck	..	0.85
Rotwurst II	..	0.55
Zwiebelleberwurst	..	0.55
Cassler Rippespeer	..	0.80
Zungen in Dosen	Dose	3.70
Delikatess-Brühwürstchen	zwei Paar	0.15
Bratenschmalz	Pfund	0.55
Palmin	Packet	0.60
Speisetalg	..	0.50
Krabben	1/4 Dose 0.34, 1/2 Dose	0.58
Pökelkamm	Pfund	0.80
Sauerkohl	Pfund	0.07

Spezial-Artikel für die Wäsche

Hoffmanns Stückenstärke	Karton	0.27
Brillant Glanzstärke	Packet	0.15
Wollwaschseife	Packet 0.28 6 Packete	1.50
Veilchen-Bleichseife	Packet 0.23 3 Packete	0.65
Washblau	Packet 0.05 3 Packete	0.10
Washblau	Packet 0.10 3 Packete	0.20

Bei Weinen bezeichnet die Etikettierung nicht immer den genannten Ort des Wachstums, kennzeichnet vielmehr nur den Charakter der betreffenden Sorten.

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk. Anzüge nach Mass von 25 Mk. an.

M. Schulmeister, Dresdenerstr. 4 am Kottbuser Thor. Schneidermeister.

Von der Reise zurück.
Dr. Eugen Haagen.

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben
größte Auswahl in in- u. ausländischen Stoffen für Valetots, Anzüge, Beinkleider etc., werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Ladengeschäft bei A. Karle, Waldemarstr. 66.

Stehpdecken
kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik, 72 Wallstraße 72, wo auch alle Stehdecken aufgearbeitet werden.
S. Strohmayer, Berlin 14.
Illustrierter Preis-Katalog gratis.

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.
12-13, 1/6-1/8, Comi. 9-11.

Tischler-Verein zu Berlin.

Zu der Urania-Vorstellung am Sonntag, den 6. September sind noch Billets a 60 und 40 Pf. bei den Herren Wreschniock, Rantaustr. 36; Schwarz, Rantaustr. 71; Hiemer, Pringelstr. 64 und Rose, Köpenickerstr. 190, zu haben. 190/6 Der Vorstand.

Köpenick. Grosses Volksfest
vom 2.-27. September cr.

Herren-Moden
elegante Ausfertigung
geringe Teilzahlung
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47
direkt am Alexanderplatz.

Kronleuchter-Fabrik
für Gas, Petroleum u. elektrisch
Licht 18/18
Siegel & Co.,
Berlin, Prinzenstr. 33.
Grösste Auswahl.
Verkauf z. Fabrikpreis.
an Private. Musterbuch franko.
Zahn-Klinik.
Olga Jacobson, Invalidenstrasse 145.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.
Spezialarzt für Haut- und Hornleiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12 2-4

Grosses Lager
in
Brillant-, Opal-, Türkis-, Simili-, Korallen- und Granat-Schmucks.
Goldene Ketten n. Gewicht u. billigster Façonberechnung.
Dukaten = Trauringe
in jedem Gewicht am Lager.

H. Zimmermann
Berlin SO. Juweller Oranienstr. 206.
Gold- u. Silberwaren-Fabrik.
Eigene Werkstatt für Neuarbeit und Reparatur.
Telephon: Amt IV, 6549.

Uhren-Grosshandlung.
Glashütter-Uhren.
Grösstes Lager in goldenen und silbernen Uhren.
Goldene Damen-Uhren Mk. 15,75 an.
Silberne Herren-Uhren mit Kette Mk. 10,-
Goldene Herren-Uhren Mk. 30,- an.

Lokales.

Ein Vergnügen für die Kinder.

Die Herbstparade, die am Montag wegen schlechten Wetters nicht stattfinden konnte, ist nun am Dienstag vor sich gegangen. Am Montag waren die Truppen in parademäßiger Aus-

Zahlreich waren am Mittag unter diesen Gassern die Schul- kinder vertreten. An manchen Punkten standen sie in dichten Haufen bei einander, von den größten hinab bis zu den kleinsten. Die Schulen hatten richtig auch am Dienstag die zum Unterricht er-

Manchen, die sich für Kinderfreunde halten, hat diese Teilnahme der Schuljugend an dem Paradedreiben viel Freude gemacht. Andre, denen gleichfalls das Wohl der Jugend am Herzen liegt, denken anders darüber. Den Interessen der Schule wird sehr wenig damit gedient, daß man die Kinder am Paradedagen auf die Straße hinausführt. Auf Grund welcher Bestimmungen der verantwortlichen Schulbehörde das überhaupt geschieht, ist noch nicht bekannt. Aber vielleicht erfährt man's gelegentlich. Die Schule mahnt: „Erst die Arbeit und dann das Vergnügen.“ Wenn sie um einer Parade willen zwei Tage hinter einander ihre Pforten schließt, dann wird sie sich nicht wundern dürfen, wenn bei andern Gelegenheiten ihre Wohnung wenig Ein-

Beim Löwenbändiger Seeth.

Unser liebe Polizei, die sich um alle möglichen Dinge und um sonst noch einige bekümmert, hat wie jetzt berichtet wird, in ihrer Fürsorge um die leidende Menschheit das öffentliche Hypnotisieren verboten. Den Normaldeutschen in seiner Willensfreiheit zu beschränken, dazu ist eben die Polizei allein da, und wenn ein Privatmann auf öffentliche Schaulust an seinem Nebenmenschen desgleichen thut, dann ist das nichts anderes als ein häßlicher Angriff auf die Autorität. Und diese kann heute, wo der Umsturz umhergeht wie ein drällender Löwe, gar nicht ängstlich genug gehütet werden. Von solchen Grundstücken ausgehend hat die Berliner Polizeibehörde lange, bevor sie sich daran machte, den deutschen Untertan vor Umsturz und Hypnotismus zu bewahren, der lieben Kreatur dieselbe Fürsorge angedeihen lassen. Reist da seit halb einem Menschenalter ein Mann aus dem meernurmschlänglichen Lande, ein braver Holsteiner mit Namen Seeth, in der Welt umher. Er führt mit sich zwei Dugend Löwen, die er behandelt wie seine jüngeren Brüder. Bei einer Probevorstellung, die der willens-

So leicht wie es aussieht ist es am Ende doch nicht, Löwenbändiger zu sein. Wie die Menschen, so sind auch die Tiere ungleich an Begabung und Charakter, und der Kunst des Herrn Seeth gelingt es, die eine Bestie in acht Tagen abzurichten, während ein andres Tier nach monatelanger Übung noch nichts rechtens begriffen hat. Immerhin zeigt schon ein Blick vom Zuschauer aus, daß mit Güte und freundlichem Zureden in den meisten Fällen mehr auszurichten ist als mit Gewalt; der Verkehr in dem großen, die ganze Manege umspannenden Käfig spielt sich in beinahe liebenswürdigen Formen ab, und den Anstrich besonderer Gemäßlichkeit gewinnen die Vorführungen noch dadurch, daß die Sprache, in der Herr Seeth nicht allein mit seinem Wärterpersonal, sondern auch mit den vierbeinigen Künstlern verkehrt, das liebe breite Holsteiner Platt ist.

Der Ruf eines gewiegten Löwenbändigers dringt weiter, als der gewöhnliche Sterbliche ahnt. Nicht allein, daß Herr Seeth in allen Ländern Europas Vorstellungen gegeben hat, sogar mit des schwärzen Kaisers Menelik! Majestät hat er in persönlichem Verkehr gestanden. Und das kam so. Als er eines Tages in der Schweiz seine Künste zeigte, besuchte der äthiopische Premierminister Jäh, der Ingenieur und von Geburt ein Schweizer ist, beim Aufenthalt in der Heimat den Cirkus. Bei der Rückkehr in den dunklen Erdteil hatte der Minister seinem Herrn natürlich über die Errungenschaften der europäischen Kultur Bericht zu erstatten, und unter diesen zählte er auch den Löwenbändiger Seeth auf. Einen solchen Mann mußte Menelik auch sehen, und nach einigen Verhandlungen erklärte der Tierbändiger sich bereit, dem Kufe nach Aethiopien zu folgen. Bedingung: Majestät mußten zwölf Löwen einfangen lassen und diese dem Wafte noch erfolgter Fährnis zu eigen geben. Menelik war von dem Holsteiner so entzückt, daß er ihm nicht allein die Tiere, sondern auch die höchste abessinische Auszeichnung, eine goldene Kränze, verehrte.

Wie der Künstler erzählt, will er nach einem kranken- und ereignisreichen Leben allmählich der Ruhe pflegen. Berlin soll seine letzte Station sein. Dann giebt es einen allgemeinen Löwen-

Von den notleidenden Hausbesitzern.

Die Unterstützung, die die Regierungen den Baugenossenschaften durch Gewährung von Darlehen zu niedrigen Zinsfuß, durch unentgeltliche Herabgabe von Auland, durch kostenlose Anfertigung von Baugeschulungen, durch Erleichterung der baulichrechtlichen Forderungen zu teil werden lassen, ist den Hausbesitzern verhaßt. Die Hausbesitzer klagen, daß die Baugenossenschaften ihnen Konkurrenz machen, indem sie einen beträchtlichen Teil der kleinen Mieter, und zwar in der Regel gerade die sichersten, an sich ziehen. Durch Unterstützung der Baugenossenschaften helfe der Staat den städtischen Grundbesitzern schädigen, der doch mit die festeste Stütze des Staates sei.

Wiederholt haben die Herren Hauseigentümer sich hiergegen gewandt. Die neueste Kundgebung ist eine Eingabe, die jetzt einer der Grundbesitzer-Vereine Berlins, der „Grundbesitzer-Verein der Prenzlauer Thor- und der angrenzenden Stadtteile“, an den Bundesrat sowie an das preussische Staatsministerium gerichtet hat. Es wird darin gebeten, daß „die den städtischen Grundbesitz materiell und moralisch schädigende staatliche Unterstützung der Baugenossenschaften aufhöre“. Von Rechtswegen, so wird in der Eingabe auseinandergesetzt, müßten die Regierungen den Vermietern dieselbe Unterstützung gewähren wie den Mietern, d. h. in Zeiten des Wohnungsüberflusses schleunigst den notleidenden Hausbesitzern eine entsprechende Summe zur Verfügung stellen. Doch wolle man großmütig auf diesen Anspruch verzichten, weil ein Hausbesitzer die Entgegennahme solcher Unterstützung für nicht vereinbar mit seiner Ehre und den Interessen des Vaterlandes halte.

Die Eingabe kennzeichnet unsere Hausagrarien. Die Herren sind der Ansicht, daß ihnen bitteres Unrecht geschieht, wenn Wohnungsbau und Wohnungvermietung auch nur auf beschränkten Gebieten den Händen privater Unternehmer und Spekulanten entzunden wird. Sie werden materiell geschädigt, der Profit wird ihnen gekürzt, folglich darf das Wohnungswesen nicht als eine öffentliche Angelegenheit behandelt, nicht an ihrem Wohnungswucher-Recht gerüttelt werden. Bei dieser Erörterung des materiellen Schadens, den die Hausbesitzer durch staatliche Unterstützung der Baugenossenschaften erleiden, verbreitet sich die Eingabe auch über die Ursachen des Steigens oder Fallens der von den Hausbesitzern geforderten Mietpreise. Diese richten sich, so heißt es da, „einzig und allein nach dem großen Princip von Angebot und Nachfrage“. Wenn die Baugenossenschaften den Hausbesitzern einen Teil der Mieter entziehen, müssen die Hausbesitzer infolge Sinkens der Nachfrage ihre Wohnungen billiger als bisher vermieten. Weiter unten erfährt man dann, woraus es sich erklärt, daß in den letzten Jahren die Wohnungen um so viel teurer geworden sind. Nicht etwa daraus, daß die Hausbesitzer sich das damalige Steigen der Nachfrage nach Wohnungen zu nütze gemacht, nicht aus dem Wohnungswucher, den sie, dank der eingetretenen Wohnungsknappheit, treiben durften! „Die in den letzten Jahren angezogenen Mietpreise waren nur die Folge des äußerst ungünstigen Geldmarktes; daneben wirkten auch noch die Erhöhung der Material- und Bodenpreise, wie die der Arbeiterlöhne mit.“ Na getoß doch! Wenn die Hausbesitzer die Wohnungspreise erhöhen, weil sie wissen, daß sie ihre Wohnungen auch zu höchstem Preise los werden, wenn sie jeden mit der Miete mal im Rückstand bleibenden Mieter schleunigst auf die Straße setzen, weil schon ein anderer, mehr zahlender Mieter darauf wartet, dann hat „das große Princip von Angebot und Nachfrage“ keine Geltung — nicht wahr?

Amüsant ist, daß die Eingabe auch von einer moralischen Schädigung der Hausbesitzer durch die Baugenossenschaften spricht. Das gespannte Verhältnis zwischen Mieter und Vermieter werde noch verschärft. Der Hauswirt müsse „mit seinen im Verhältnis zu den Baugenossenschaften höheren Mietpreisen als ein Missethater gelten“. Er verfallt dem „Gespött“ und zwar durch die Mitwirkung derselben Regierung, die ihm Polizeirechte in seinem Hause übertrage. Schredlich, schredlich! So werden Leute behandelt, die die Regierung „sonst als staatsverhaltendes Element schätzt“.

Die Klassenkrankheit auf der Berliner Hochbahn. In einer Betrachtung über die Zustände auf der Berliner Hochbahn schreibt der bekannte Eisenbahn-Reformer Eduard Engel in einem hiesigen Blatt: Mit unvordringlicher Gewalt aber sollte sich die in diesem Punkte längst geklärte und einige öffentliche Meinung geltend machen gegen die lächerliche Klassenwirtschaft bei einem Unternehmen, das sich doch nur durch die Schnelligkeit von irgendwelcher anderen Straßenbahn unterscheidet. Kein Mensch würde auf den Gedanken kommen, in den Wagen der Berliner Straßenbahn oder den Berliner Omnibuswagen eine erste und zweite oder eine zweite und dritte Klasse zu unterscheiden. Der Verwaltung unserer städtischen Schnellbahn hat es an der Einsicht gefehlt, daß sie ein ganz neues Unternehmen ins Leben gerufen hat, dessen Verkehrsbedingungen sich in vielen Punkten von denen der Eisenbahn, selbst der Stadt- und Ringbahn, unterscheiden. Die Bezeichnungen zweite und dritte Klasse sind ja überhaupt nur eine plumpe und lächerliche Nachahmung der Einrichtungen auf den Volkswagen, besonders auf der Stadtbahn. Wir brauchen aber auf der städtischen Schnellbahn überhaupt keine Klassenunterschiede. Wir brauchen sie noch weniger als auf der Stadt- und Ringbahn, ja selbst auf der Straßenbahn, denn durchschnittlich ist die in der städtischen Schnellbahn zubehaltene Zeit kürzer als die von irgend einem anderen öffentlichen Fuhrwerk in Berlin beanspruchte. Ohne mich auf socialpolitische Betrachtungen einzulassen, sage ich, daß aus rein verkehrsmäßigen Rücksichten es eine Lächerlichkeit ist, für Fahrten von vier bis zehn Minuten Klassenunterschiede zu schaffen. Jeder Verkehrs- techniker weiß, daß nichts so sehr der vollen und zweckmäßigen Ausnutzung aller Fahrmittel im Wege steht wie die Klassenunterschiede. Nichts anderes als eine sehr anzweifelbare sociale Rücksicht läßt und noch immer auf der Eisenbahn, im Fernverkehr, die erste Klasse beibehalten. Der tägliche Augenschein lehrt jeden Benutzer der Berliner Hoch- und Untergrundbahn, daß zwischen zwei überfüllten Wagen dritter Klasse ein nur halb oder weniger als halb gefüllter Wagen zweiter Klasse läuft. Können sich alle Reisenden gleichmäßig auf die drei Wagen — die zu diesem Zweck Durchgangswagen sein müßten — verteilen, so würde die Ueberfüllung in den meisten Fällen verschwinden.

Der „elektrische Ferndrucker“ (Siemens u. Halske) wurde heute mittig in der Centrale der gleichnamigen Gesellschaft, Zimmerstraße 28, einem geladenen Publikum in voller Thätigkeit vorgeführt. Der Apparat, den wir bei seiner Einführung eingehend beschrieben haben, wird nämlich seitdem schon in mehreren Großstädten zum Verkehr zwischen Privatleuten unter einander und mit den Haupt-Telegraphenämtern zwecks Aufgabes und Empfangs von telegraphischen Mitteilungen aller Art, Depeschen etc. mit bestem Erfolge verwendet. In Berlin hat sich der „Ferndrucker“, eine besonders konstruierte Schreibmaschine, die jedermann sofort bedienen kann, namentlich bei großen Gesellschaften so bewährt, weil man mittels derselben ein und dieselbe Mitteilung gleichzeitig an zahlreiche Stellen geben kann und zwar in guter Schreibmaschinenschrift. Durch diese Vermeidung einer Mitteilung, eines Auftrages, einer Offerte etc. wird jedes Mißverständnis, wie es beim Telephon vorkommen kann, ausgeschlossen; denn sowohl der Absender des „Ferndruckes“, wie auch der oder die Empfänger, behalten Frage und Antwort, Anruf und Einverständnis etc.

schriftlich für alle Zeiten festgelegt in der Hand. Und was die Hauptsache dabei ist, die Empfänger brauchen gar nicht einmal anwesend zu sein, weil der Apparat automatisch arbeitet; man findet bei seiner Rückkehr alle eingelaufenen Mitteilungen auf dem Papierstreifen vor. Will man selbst mit einem Teilnehmer korrespondieren, so hat man nur, wie beim Telephon, die Centrale anzurufen, welche die Verbindung herstellt, gleichviel ob mit einem oder einer Gruppe von Teilnehmern. Wir konnten uns an Ort und Stelle von der prompten Arbeit des „Ferndruckers“ überzeugen: ein Glodenzeichen ertönt, die Löhrtaste fällt und von der Börse her wird der „Vorbericht“ für eine bestimmte Gruppe von Teilnehmern gemeldet. Der Beamte schließt die ganze Gruppe mit einem einzigen Handgriff an, meldet die erfolgte Verbindung zurück und nun erscheint auf dem Streifen unseres Apparates, den wir ausnahmsweise mit eingeschaltet haben, die Meldung der Börse, wie sie gleichzeitig auch bei den sämtlichen angeschlossenen Teilnehmern vom Streifen ablesbar ist — ein gedruckter Bericht über Vorgänge, die sich soeben fern von uns abgevielt haben. Wie lange würde die Verbreitung dauern, wie viele Mißverständnisse könnten unterlaufen, wenn das alles erst telephoniert, geschrieben oder gedruckt und durch Boten in der Stadt verbreitet werden sollte! Dabei hat der Apparat nur 28 Tasten, 26 für die Buchstaben und zwei weiße Tasten, deren eine bewirkt, daß nach ihrer Betätigung statt der Buchstaben Zahlen (selbst Brüche) oder Interpunktionszeichen erscheinen. Daß alles richtig funktioniert, sieht der Beamte der Centrale am Erglimmen der Lämpchen der Gruppenteilnehmer, deren jeder übrigens jeder Zeit Nachfragen etc. von seinem Apparat stellen kann. Die Gesellschaft beabsichtigt jetzt mit Zustimmung der Reichspost und der Stadtgemeinde eine größere Centrale — zunächst für etwa 80 Teilnehmer in Berlin und den Vororten — einzurichten, welche auch ihre besonderen Verbindungen mit dem Haupt-Telegraphen- amte erhalten soll. Diese letztere Einrichtung würde es ermöglichen, daß jeder Teilnehmer seine Telegramme direkt auf seinem Apparat aufgeben und empfangen könnte. Die Möglichkeit, Gruppenbesprechungen zu können, ist besonders wichtig für die Verbreitung wichtiger Nachrichten an viele Stellen gleichzeitig, also in ähnlicher Weise, wie dies schon jetzt in New York, London und Paris durch die sogenannten „Teler“ (die aber nur als Empfänger, nicht als Sender arbeiten) geschieht.

Die rasenden Autos. Der Präsident des Deutschen Automobil-Verbandes, Victor Herzog v. Ratibor, hat folgendes Rundschreiben verfaßt: „Von Seiten des Herrn Polizeipräsidenten von Berlin ist mir ein Schreiben zugegangen, in welchem die wiederholte Bitte ausgesprochen wurde, die Mitglieder des Deutschen Automobil-Verbandes dringend zu ersuchen, die bestehende Polizeiverordnung zu beachten, insbesondere in den Straßen der Stadt nicht schneller zu fahren, als ein schnelltrabendes Pferd läuft, da andernfalls eine Verstärkung der bestehenden Verordnungen eintreten müßte. Indem ich dieses den in Berlin wohnenden Mitgliedern zur Kenntnis bringe, ersuche ich gleichzeitig die in Berlin nur vorübergehend mit ihren Fahrzeugen verweilenden Mitglieder ebenfalls auf das dringendste, recht vorsichtig und nicht schneller, wie oben angegeben, zu fahren. Ich habe geglaubt, die Versicherung abgeben zu dürfen, daß die Mitglieder des Verbandes alles daran setzen werden, die bestehende Verordnung auf das genaueste zu befolgen, da es auch nur dann möglich ist, für eine immer größere Verwendung des Kraftfahrzeuges zu wirken.“

Die Wilde des Polizeipräsidenten verdient Anerkennung. Möge sie auch einmal angewandt werden, wenn Arbeiter in den verstedten Schlingen des Vereinigungsvertrages haften bleiben oder wenn sie bei Erfüllung ihrer Gewerkschaftspflichten eine Handlung begehen, die nach polizeilichen Begriffen ein Vergehen darstellt. Derartige Handlungen, die in freien Ländern überhaupt kein Verbrechen als Gefährdung angesehen werden von der Polizei und von staatsverhaltenden Richtern mit rücksichtsloser Strenge geahndet, obgleich sie mit der Gemeingefährlichkeit eines rasenden Automobilisten auch nicht entfernt zu vergleichen sind.

Die Leiche des 27jährigen Helgers Gustav Brey, der der Explosion in der Artilleriestraße zum Opfer gefallen ist, ist von der Staatsanwaltschaft freigegeben worden und wird voranschicklich am Donnerstagmittag in Stettin, dem Heimatsorte des bedauernswerten jungen Mannes, beigesetzt werden.

Die Ursache der Explosion konnte auch bis heute trotz mehrfacher behördlicher Untersuchungen nicht festgestellt werden. Die klaglichen Ruinereste des zertrümmerten Fabrikgebäudes werden jetzt in der Front niedergelegt. Wie nachträglich festgestellt wurde, hat die gewaltige Detonation auch in dem der Unfallstelle gegenüber gelegenen Sargmagazin von A. Schaben angerichtet. Die Niederlegung des Schornsteins, der in seiner Spitze eine kleine Neigung zeigt, wird vorläufig nicht erfolgen.

Eine Hochstaplerin ist dieser Tage in der Person der 41jährigen Vertha Erfurt von der Rixdorfer Kriminalpolizei dingfest gemacht worden. In einem dortigen Schanklokal kniepte am Sonnabendabend eine Frauensperson mit mehreren Männern, welche daburch aufstieß, daß sie ein ganzes Paket Fünftagscheine aus der Tasche zog und für ihre männlichen Begleiter die nicht unbeträchtliche Zehne zu zahlen sich erbot. Dem Wirt kam das Gebahren seines weiblichen Gastes nicht geheuer vor. Er ließ einen Schuhmann holen, welcher die Verdächtige verhaftete. Bei ihrer Vernehmung auf dem Polizeibureau erzählte man die Siftierte, daß sie Vertha Erfurt heiße, mehrere Jahre mit einem Schiffer, der gegenwärtig mit seinem Laßkahn auf der Obersee liege, zusammengelebt und ihm die Wirtschaft geführt habe. Sie habe sich vor einigen Tagen mit ihrem Protherrn geehrt und hätte sich, da der Schiffer ihr die Auszahlung des Lohnes verweigert, dadurch selbst bezahlt gemacht, daß sie aus dem in der Kasse befindlichen Sargkahn kurzerhand ein Paket Fünftagscheine herausgenommen habe und dann dabongelaufen sei. Diese Angaben der E. bestätigte der alsbald von der Kriminalpolizei ermittelte Schiffer, der es für möglich erklärte, daß die E. die Scheine noch und nach ihm heimlich entwendet habe. Bald darauf aber meldete sich ein im Kreise Teltow wohnender Landwirt bei der Rixdorfer Kriminalpolizei, der angab, daß ihm ein Couvert, in welchem sich für mehrere hundert Mark Fünftagscheine befanden, gestohlen worden sei. Der Verzeffende hatte am Sonnabendabend in einem Tanzlokal eine Frau kennen gelernt, mit welcher er dann spazieren gegangen ist. Als sich das Pärchen auf dem Rückwege befand, vermißte der Landwirt das Couvert mit dem Gelde und er lagte seiner Begleiterin, in welcher er die ihm vorgeführte Erfurt erkannte, den Diebstahl auf den Kopf zu, worauf sie die Furcht ergriff und entkam. Dem Gestohlenen konnte sein Eigentum bis auf 26 Mark zurückerstattet werden; den Restbetrag hat die E., in welcher die Kriminalpolizei eine vielfach vorbestrafte Taschendiebin ermittelte, in liebedürftiger Gesellschaft verproßt.

Eine geheimnisvolle Mordversuch- und Brandstiftungs-Affaire beschäftigt die Rixdorfer Kriminalpolizei. Dienstag früh 2 1/2 Uhr wurden, wie das „Berl. Tagebl.“ meldet, die Bewohner des Hauses Steinmetzstraße 92/93 zu Rixdorf durch laute Hilferufe aus dem Schlafe geweckt, die aus der im ersten Stock des Energiegebüdes gelegenen Wohnung des 33jährigen Lackierers Emil Weier drangen, dessen Familie augenblicklich verzeilt ist. Erschreckt eilten die Hausbewohner, meist nur düstert blickend und bewaffnet mit Stöcken und Weilen, herbei. An ihnen vorbei stürmte plötzlich Weier unter dem Rufe: „Einbrecher, Mörder!“, eine starke Wutspur hinter sich lassend, zum Hause hinaus. Als man in keine Wohnung kam, brannte es dort an drei Stellen. Die Feuerwehre wurde alarmiert, doch war es den Leuten beim Eintreffen der Wehr bereits gelungen, das Feuer mit Wasser auszugleichen. Weier war indessen zur Infiraktion XII gelaufen; er hatte drei schwere Messerstücke im linken Arm. Der sofort alarmierten Rix-

der Kriminalpolizei machte Meier folgende Angaben: Als er um 2 1/2 Uhr nach Hause gekommen sei, wären ihm plötzlich aus seiner Stube drei Leute entgegengeprungen, die mit Messern auf ihn eintraten. Mit Mühe sei er den Angreifern, die ihn jedenfalls hätten ermorden wollen und die auch das Feuer in seiner Wohnung angezündet hätten, entgangen und auf den Flur geflüchtet. Jetzt, während er um Hilfe gerufen habe, seien die Mordgefallen ebenfalls geflüchtet und hätten sich an einer Waschkleie, die am Fenster befestigt gewesen sei, auf den Kopf hinabgelassen, worauf sie im Dunkel der Nacht entkommen wären. Meier glaubt, daß das Ganze ein Nachspiel eines früheren Schlafburchen von ihm sei, der ihm feindselig gefinnt wäre und bereits öfter Drohungen gegen ihn ausgesprochen habe. So weit die Darstellung Meiers über die Vorgänge in der Nacht. Die Polizei sieht dieser Aussage jedoch skeptisch gegenüber. Die Waschkleie wurde zwar an der bezeichneten Stelle vorgefunden, auch hat Meier drei schwere Messerstücke im Arm. Die Polizei glaubt jedoch Grund zur Annahme zu haben, daß die ganze Affäre lediglich eine Komödie Meiers darstellt, die er in Szene gesetzt hat, um durch die Vernichtung seines Eigentums in den Besitz einer Versicherungssumme von 3000 M. zu gelangen. Meier ist gegenwärtig arbeitslos und bezieht Unterstützung. — Immerhin ist der Vorfall so mysteriös, daß er noch weiterer Aufklärung bedarf. Die Nachforschungen werden eifrig seitens der Polizei fortgesetzt. Meier ist vorläufig fiktiv worden.

Daß ein Braten, der angebrannt riecht, die Feuerwehre alarmieren kann, dürfte manchem neu sein. Gestern mittag wurde die Feuerwehre nach dem königlichen Schlosse gerufen. Es handelte sich nur um einen blöden Witz; in der Küche war ein Braten am Spieß in Brand geraten. Noch bevor die Ursache im Schloß allgemein bekannt geworden war, konnte die Feuerwehre wieder abrücken.

Von der Kriminalpolizei wurde ein Schwindler festgenommen, der zahlreiche Opfer gefunden haben dürfte. Es handelt sich um einen Schloffer Emil Kammrot aus Neuendorf, der sich Ingenieur nannte, und sich betrogen fühlte, seinen neuen Kollegen eine dauernde Stellung bei hohem Einkommen zu verschaffen. Auf eine entsprechende Annonce im „Elektrotechnischen Anzeiger“ gingen natürlich zahlreiche Bewerbungen ein. Er teilte den Bewerbern, vorzugsweise solchen, die von außerhalb in Betracht mit, daß er diese Stelle im Auftrage seines Onkels, der Fabrikdirektor sei, zu besetzen habe. Für seine Bemühungen verlangte er 75 M. Provision, von denen er nur 10-20 M. zur Deckung der vorläufigen Unkosten in Kassenscheinen als Briefeinlage erbat. Da er nicht zu sehr an die Öffentlichkeit treten wollte, gab er seine nähere Adresse unter den Namen Vorse, Schröder, Schäfer usw. postlagernd an. Soweit bisher ermittelt werden konnte, ist dem K. nur in einem Falle die Einlage von 10 M. in die Hände gefallen. Es ist jedoch anzunehmen, daß ihm dies in mehreren Fällen gelungen ist. Geschädigte und auch solche Personen, die mit Kammrot in Verbindung gestanden haben, werden gebeten, schriftlich oder mündlich Anzeige zu erstatten auf den Polizeirevier oder Zimmer 43 des Polizeipräsidiums zu T. Nr. 8290 IV. 16. 03.

Eine Diebin, die sich als Mieterin einführt, treibt seit einiger Zeit ihr Unwesen. Sie beschlößt Räume, die noch bewohnt, aber zu vermieten sind, erzählt, daß sie mit einem Mann- oder Polizeibeamten bald Hochzeit feiert und stiehlt was ihr beim Durchwandern der Räume nur in die Finger fällt. In einer Wohnung in Moabit sah sie ein Portemonnaie auf dem Fensterbrett liegen. Sofort eilte sie an das Fenster, bewunderte überauswänglich die schöne Aufsicht und steckte unbemerkt das Portemonnaie mit Inhalt in die Tasche. Erst als die mietslustige Frau wieder weg war, nahmen die Leute ihren

Verlust wahr. Die Diebin ist etwa 17 bis 20 Jahre alt und trägt eine weiße Bluse, einen rötlichen gefärbten Rock, einen schwarzen Hut mit Sammetband und um den Hals ein schwarzes Sammetbändchen.

Ein Huhn verursachte in der Horkstraße eine große Verkehrsstörung. An der Ecke der Horkstraße hielt mit seinem Wagen ein Geflügelhändler. Durch Unvorsichtigkeit des Verkäufers blieb die Thür eines Käfigs offen und ein junges Huhn kam heraus und lief unter einen Wagen der Straßenbahnlinie 82. Tierfreundliche Passanten verhinderten das Weiterfahren des Wagens und es begann eine Hühnerjagd unter dem Rotorwagen. Sie dauerte geraume Zeit, so daß die Insassen dieses und anderer hinter ihm haltenden Wagen die Weiterfahrt verlangten, doch der Händler hat, das Tier nicht zu überfahren. Mit vieler Mühe ward es endlich gefangen.

Der Winterfahrplan der Eisenbahn bringt nach seinem heute ausgegebenen zweiten und endgültigen Entwurfs im Verkehr mit dem Osten der Monarchie weitere Verbesserungen. Sie betreffen die Verbindung kleinerer Orte des Ostens mit der Reichshauptstadt. So erhält z. B. Callies eine gute Abendverbindung aus Berlin. 7⁰⁰ abends geht vom Stettiner Bahnhof ein Schnellzug nach Stargard, wo er 9⁰⁷ eintrifft. Durch Späterlegung des letzten Zuges von Stargard nach Callies wird ein Anschluß dahin hergestellt, ab Stargard 10⁰⁷, an Callies 12⁰². Die Strecke Bromberg-Jnin erhält Anschluß an den mittags von Berlin abgehenden Personenzug, ab Charlottenburg 11¹⁶, Zoologischer Garten 11²³, Friedrichstraße 11³⁰ usw. Der Zug trifft in Bromberg 8 Uhr abends ein und findet jetzt Anschluß um 8³⁰ nach Jnin, an 9²². Eine gute Frühverbindung wird ferner von Soldin nach Berlin hergestellt. Der erste Zug von Soldin, ab 5⁰⁰ morgens, trifft bereits um 8⁰⁰ in Rastin-Vorstadt ein. Er erhält dadurch Anschluß an den Zug ab 8⁰⁰, der in Berlin Silesischer Bahnhof 10⁰⁷, Alexanderplatz 10⁰⁶, Friedrichstraße 11⁰² usw. eintrifft.

Schriftsteller und Staatsanwalt. In weiteren Kreisen dürfte die Nachricht interessieren, daß aus Schriftstellerkreisen eine Volksversammlung einberufen wird, um zu den jüngsten Konflikten zwischen Justiz und Presse Stellung zu nehmen. Die Versammlung findet am morgigen Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, in den Germania-Brauereien, Chausseestraße 108, statt. Als Referenten sprechen die Schriftsteller und Redakteure Senna Hoy über das Thema: Schriftsteller und Staatsanwalt; Gassen zur Verhaftung der Redakteure Leid und Hildebrand, und Adolf Brand über: Schriftsteller, Staatsanwalt und Justizminister. Einberufer ist Schriftsteller Dr. Max Schütte, Dorotheenstr. 70.

Es ist erfreulich, daß sich endlich einmal aus Schriftstellerkreisen heraus Anzeichen eines bisher vielfach vermischten Solidaritätsbewußtseins bemerkbar machen.

Im Circus Schumann ist am Sonnabend die Eröffnungsvorstellung. Der Circus ist völlig renoviert worden.

Aus den Nachbarorten.

Die Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung beschloß in ihrer außerordentlichen Sitzung vom 31. August, nicht nur die bereits früher gewählten vier, sondern noch weitere fünf Stadtverordnete zur Städte-Ausstellung nach Dresden zu senden, und nahm die Stadtwahlen vor. Unter den neun Delegierten befinden sich die Genossen Conrad, Ostermann und Silberstein. — Zur Verbandsversammlung des Verbandes deutscher Gewerbevereine

wurden die Beisitzer Buchdruckereibesitzer Glasemann und Metallarbeiter Sieveg delegiert. Ihnen wie den zum Besuch der Städte-Ausstellung bestimmten Stadtverordneten stellt die Stadt je sechzig Mark zur Verfügung — Der von Ostermann (Socialdemokrat) vertretene Antrag der Socialdemokraten, auch die in der dritten Abteilung gewählten Stadtverordneten bei der nunmehr vorgenommenen Wahl der Vertrauensmänner des Ausschusses für die Wahlen der Schöffen und Beisetzern zu beteiligen, wurde auch diesmal wieder von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Die früheren Vertrauensmänner wurden wiedergewählt. — Der Rathauskeller, der erhalten bleibt, soll wieder an die bisherige Pächterin verpachtet werden. Der Rathauskeller soll renoviert werden. Zu den Kosten von 1100 Mark soll die Pächterin 250 Mark, einem eignen Angebot gemäß, beitragen. Ein vom Stadtd. Gehrcke (Soc.) gestellter und begründeter Antrag, auch die 250 Mark auf die Stadt zu übernehmen, wurde nach einer Debatte über die „Pflichten eines Vermieters“ mit 20 gegen 19 Stimmen abgelehnt. — Auf dem Kranoldplatz sollen wegen des dort stattfindenden Marktes zwei bisher fehlende primitive Bedürfnisanstalten errichtet werden.

Eine Kunstdebatte rief der Antrag des Magistrats hervor, städtischerseits das Defizit von 188 M. zu decken, das dem Verein zur Förderung der Kunst“ aus der Veranstaltung von 10 Kunst-abenden in der Aula des Real-Gymnasiums erwachsen ist. Stadtverordneter Gastwirt Gröpler stimmte ein Vorschlag über diese Zumutung an und brachte es fertig, einen Vergleich zu ziehen zwischen jenen Kunstabenden und den gelegentlichen Vortragsveranstaltungen von Handwerkervereinen und ähnlichen Korporationen. Der Antrag mußte aus Prinzip abgelehnt werden. — Stadtd. Dr. Silberstein (Soc.) betonte die Würdelosigkeit einer Debatte über den Antrag; habe es sich doch bei Veranstaltung der Kunst-abende unter dem Protektorat der städtischen Körperschaft um einen der denkbar besten Zwecke gehandelt. Ansohn könnten daran nur Leute nehmen, die eine geschäftliche Schädigung befürchteten, weil mit jenen Veranstaltungen kein Ausschank geistiger Getränke verbunden sei. Die Stadt müßte fähig sein, noch viel mehr als die lumpigen 188 Mark für die Förderung des Kunststandes und des Kunstgenusses im Volke auszugeben. Sie habe ein Interesse daran, die Bevölkerung kulturell und auch sonst zu heben. Das geschehe nicht in Kriegervereinen und andren Vereinen, wo es auf den Gewinn von Alkohol ankomme. — Stadtd. Selmann (kommunalkreformer) trat auch Herrn Gröpler energisch entgegen. Mit Freuden hätte begrüßt werden können, daß die Kunstabende unter städtischer Förderung in der Aula zustande gekommen seien. Für das niedrige Entree von 30 Pf. sei etwas geboten worden, was man an anderen Orten mit 3-5 M. bezahlen müsse. — Auch Bürgermeister Voigt nahm sich als ehrlicher und verständnisvoller Kunstenthusiast der Sache in längeren Ausführungen an. U. a. bemerkte er, Rixdorf sei eine Großstadt geworden, die mit der Zeit, mit der Kultur mitgehen müsse, soweit es die Finanzen gestatteten. — Schließlich wurde der Magistratsantrag mit großer Mehrheit angenommen.

Von einem traurigen Geschehnis ist in Wilmsdorf der in der Berlinerstraße wohnhafte Oberlehrer B. betroffen worden. Seit längerer Zeit war die Frau dieses Herrn nervenleidend. In einem Anfall von Selbstumarmung hat sie sich gestern nacht vom Balkon der im vierten Stock belegenen Wohnung auf das Straßengestühl gestürzt, wo sie tot liegen blieb. Die Leiche wurde ins Schauhaus gebracht.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: Nur das erste Wort fett. Wario mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

80 Quadratrudder, hübsche Bauart (Haus an Haus), Ostbahn-Vorort, verkauft Hausverwaltung Brunnenstraße 151. 1173b

Wardianerhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Hochvornehme Herrenanzüge, Sommerpaletots, Beinkleider aus feinsten Stoffen herstellend, verkauft billig Deutsches Versandhaus, Bögerstraße 68, 1. Trepp. 1259b*

Herrenanzüge und Paletots, extra gute und gute Arbeit, Modellsachen sehr preiswert. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße 141, 6te Kruischstraße. 1818a*

Teppiche! (sehr billige) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Quaderstr. Markt 4, Bahnhof Börse. 932*

Spottblätter, Teppiche, Betten, Gardinen, Vorhänge, Tischdecken, Steppdecken, Kissen, Anzüge, Mantelanzüge, Regulator, Uhren, Kleider, Möbel, Spiegel, Bilder, Leinwand, Kleiderstoffe u. Teilzahlungen gestattet. 192*

Steppdecken, postbillig, Fabric Weinstraße 20. 196*

Wegen Abreise ins Ausland kleine Wirtschaft billig zu verkaufen Wienerstraße 24, Hof 2 Treppen. Händler werden.

Abreisende sehr billig sechs Zimmer Möbel verkauft Berlinerstraße 135 II, Charlottenburg, Thurau.

Möbelabrik Orientstraße 173, am Dranienpark, liefert geschmackvolle Einrichtungen von 285,00, 428,00, eleganter 650,00-5000,00. Englisches Schlafzimmer 290,00, Laufsessel 65,00, Kleiderständer, Versteck 45,00, gekleidetes Büffet 125,00, Rindfleischstühle mit Matratze 45,00, Schreibtisch 52,00, Spiegel 15,00, Spiegelständer 25,00, Büchergarnituren, alles haben, 100,00, Küchenmöbel. Auch Teilzahlung. 1896a*

Teppiche mit Herdenheimen fabricniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Fahrräder, Teilzahlungen, 125 Mark, Invalidenstr. 148, Halberstraße 40. 1850a*

Kranenfahrstühle für Zimmer und Straße käuflich und leihweise in allen Preislagen. Kopp, Gieselerstraße 95. 92/18*

Rahmmaschinen, gebrauchte, Wheeler-Wilson von 8 Mark an und Langschiffchen von 10 Mark an. Hellmann, Gollnowstraße 26 nahe der Landwehrgerstraße. 1723a*

Kanarienhähne verkauft Brandt, Helgenstraße 61. 137*

Kanarienhähne, Vorfänger, verkauft Krebs, Köpckestraße 154, vorn der Treppen. 1723a*

Rahmmaschinen, Singer, Ring-Schiffchen, 25,00, Brunnenstraße 91.

Steppdecken billigst Fabric Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Gasföcherhaus! Einlochgasföcher 1,00, Zweilochgasföcher 3,00, Dreilochgasföcher, Gasstrahlen 7,00, Gasbägelapparate, Gasplättchen, Gasbeleuchtung, postbillig! Petroleumlampen, Umänderungen. Doblauer, Wallnertheaterstraße 32. 1306b*

Wäsche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennige. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comploir Kaiserstraße 2A, früher Bornimstraße 4 und 5, Sonntags geöffnet.

Abreisende ein Zimmer Möbeln. Charlottenburg, Berlinerstraße 135, II rechts. 1158b

Bestische mit Matratze, Kleiderständer umzugsfähig, Krämpfer, Verdrückstraße 4, Verhütung 12-2, 6-8. 1297b

Thon-, Porzellan-, Materialwaren-, Gefäßgeschäft, tolle verlässliche, Große Wohnung, Miete 800, Preis 1300. Näheres Nägelsstraße 24, Expedition.

Singermaschine, gutgehend, 15,00, labellos Ortnerweg 62, IV rechts.

Elegante Teppich, zwei neue Federbetten, Gardinen, Stores, Lederstühle, Büchertische, zwei Klavierschreibdecken billig Kaunzstraße 52, I links. 1307b

Restaurations- Einrichtung und Villard zu verkaufen. Oorn, Wartstraße 23. 132

Kanarienvoller 4,00, Vorkäufer 8,00, Reanderstraße 7. 21/4

Singer-Ring-Schiffchen-Maschine verkauft Goldschäp, Junferstraße 20, Hof links. 1292b

Gasreglergeschäft umständlicher billig zu verkaufen. Berlinerstraße 34.

Fahrrad, billig, Lindowstraße 15, Verwalter. 130

Blüsgarnitur, Spinde, Tischchen 48, Kuchentisch 15, 2 Bettstellen bringend verkauft. Friedrichstraße 135a, vorn III. 1306b

Achtung! Handwebern, Arbeitern empfehle noch zu alten billigen Preisen trotz enormer Dollsteigerung meine Kammgarn-Sweater, plattierter Kammgarn 3,25 und 3,50, reimoollener Kammgarn 4,80 und 5,30, doppeltfarbte reimoollene Kammgarn 5,80 bis 6,30. Theodor Reide, 1. Geschäft Dranienstraße 174, 2. Geschäft Dranienstraße 198. 1852a*

Wäsche! frischegeschlachtet, sind auf dem Central-Bühnen, Odenaerstraße, gegenüber Feldrestaurant Uhlstr. für den billigen Preis 2,50 Mark an zu haben. — Bettfedern-Verkauf. Doll. 21/2*

Vorjahre elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 1814a*

Verschiedenes.

Die Feier der silbernen Hochzeit begeht Genosse Doblauer nebst Frau. Berlin, den 2. September 1903. 130

Patentanwalt Dammann, Kurfürstendamm 57. 1127b*

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eheheiratsgeschäften, Alimentensachen, Einlagen, Verträge, Raterteilung, Gräter Weg vierundneunzig (Hindenburgplatz). 1290b

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eheheiratsgeschäften, Alimentensachen, Strafsachen, Eingabengeldsche, Raterteilung, Fall, Brunnenstraße vierzig. 1290b

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Alimentensachen, Eheheiratsgeschäften, Raterteilung, Präger, Kurzstraße achtzehn (Alexanderplatz). 52/2*

Unfallfassen. Rechtsbureau, Präger, Kurzstraße achtzehn (Alexanderplatz). 1730a*

Rahmmaschinenreparaturen werden schnell und billig unter Garantie in meiner eignen Werkstatt ausgeführt. E. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landwehrgerstraße. 1723a*

Kunststofferei von Frau Kolodzy, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre.

Fahrradgeschäft, auch defekt, Kallak, Schönhauser Allee 163a. 93/19*

Rechtsbureau Oberstraße 22 Prozeßsachen, Strafsachen. 21/1*

75 Pfennige! Eingabengeldsche, Zahlungsbefehle, Raterteilung, Alimentensachen, Eheheiratsgeschäften, Strafsachen, Unfallfassen, Eheheiratsgeschäften, Alimentensachen. Kullow, Falkstraße 141. 1308b

Teilzahlung. Anfertigung eleganter Herrenanzüge. Marcus, Schillingstraße 15/16. 1300b

Rahmmaschinen. Zahle bis zehn Mark, wer Teilzahlung Rahmmaschine fault oder nachweist. Alle Systeme. Woche 1,00, Postkarte genügt. Dorotheenstr. 50. 52/4*

Kleine Landgastwirtschaft in der Nähe von Berlin gesucht, eventuell rentable Gastwirtschaft in Berlin, durch H. Glend, Mehrdeinerstraße 8, Hof III. 123

Parteienoffen (Schlichter) sucht 1000 Mark zur Gründung eines Geschäfts (Eckherdt). Offerten unter G. K. 9 Postamt 87. 491

Die Beleidigung, die ich gegen Frau Giesels getroffen habe, nehme ich hiermit zurück. Frau Hejeler. 133

Gesangverein, 11 Jahre bestehend, sucht Mitglieder. Jeden Mittwoch Übungsstunde Danzigerstraße 24 bei Baumgarten. 171

Zuche zum ersten Weihnachtstfesttag einen Saal, circa 250 Personen fassend, mit selber Bühne. Offerten unter Chiffre N. 94 Postamt 33. 123

Bereinszimmer. Kirch, Lausitzerstraße 46. 1290b*

Platina, Gold, Silber, Gefässe, alte Uhren, Stahlgold, Kettegold, Kunst, Wangelstraße 4. 21/5*

Vermietungen.

Wilhelmstraße 48, 2. Hof, sind drei Kellerräume, geeignet für eine Werkstatt mit Lagerräumen, zum 1. Oktober dieses Jahres preiswert zu vermieten. Näheres SW. 18, Hollmannstraße 34 I. 1254b

Wohnungen.

Zweizimmer-Wohnungen, herrliche, billig! Jellestraße 15 (Osten). 20/10*

2 Zimmer, Küche, Korridor, Klosett, Speisekammer 26,00, Stralauer Allee 20.

Zweifloßtrige leerer Stube ist zum 1. Oktober an einzelne ruhige Leute zu vermieten. Mariannenstraße 4, vorn 2 Treppen, Dreifloßtr. 1445

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Gummi Gerhardt, Kottbuser Damm 100. 121*

Stellenangebote.

Korbmacher auf grün geschlagen verlangt A. Bader, Friedrichsstraße, Berlinerstraße 82. 1129

Bananenschäler verlangt zu Leipzigerstr. 97. 1296b

Arbeitsbürche findet Stellung Buchdruckerei, Dresdenerstraße 79.

Tätige Maurergehilfen und einige Bauarbeiter heißt ein Wb. Weidell, Baumberg bei Berlin. 1294b*

Gesucht Arbeiter für Paletots, Saccos und Röcke. Edders u. Dopf, Leipzigerstraße 50a (Dönhofsplatz). 1295b

Gewandlungs-Arbeiterin Zusammengehörig an einem Hause. Hoff, Friedenstraße 50. 132

Nachtjaden-Arbeiterinnen in und an einem Hause. Schneider, Rappinerstraße 42. 1291b*

Saccos - Arbeiterinnen verlangt Lausitzerstraße 23 I. 21/3

Belegerin, hübsche, verlangt Rathenberger, Weihensee, Leberstraße 16-19. 1303b*

Anständigen Mädchen für kleinen Haushalt findet gute Stellung. Näheres Landwehrstraße 41, Buhiger.

Tätige Wamiells auf Damenpaletots verlangt Bremer, Kottbuserstraße 46. 1291*

Musen-Arbeiterinnen auf besseres Genre verlangt gegen Vorkasse Gustav Fromberg, Kronenstr. 42/43.

Belegerrinnen verlangt Max Leonhard, Goldleistenfabrik, Schleierstraße 31. 1290b*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Tätiger Maurerpolier

für dauernde Arbeit sofort gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften unter W. A. 66 postlagernd Steglitz erbeten.

Für Geldschrank-Schlosser!

Tätige Schlosser finden dauernde Stellung bei gutem Lohn. Reise wird vergütet. Hessling & Gehle, Eiderfeld, Aus 62.

Anzugs-Monteur

sucht eine Spezialarbeit im Königreich Sachsen bei hohem Lohn für dauernde Beschäftigung. Angebote müssen enthalten: Zeugnisabschriften, Angabe ob ledig oder verheiratet und wann Austritt erfolgen kann. 24782 Offerten unter Z. 3797 an L. A. Klepzig, Leipzig.

Kragen-Plätterinnen

auf Neuweise finden dauernde Beschäftigung bei sehr hohen Löhnen in Remscheid, Charlottenburg und Röhren. Plätterinnen auf alle Fälle haben Gelegenheit, sich auf neue umzuwandeln, und erhalten entsprechende Vergütung. Offerten sub V. 3299 an Rudolf Woffe, Berlin C, Königstraße 56. 21/6*

Arbeitsnachweis der Goldschmiede.

Engel-Ufer 15.

Für Berlin sofort: zwei tüchtige Fasser. Zum 15. September 1903: ein tüchtiger Reparatur. Ferner: 120/19 Goldarbeiter a. chirurgische Instrumente in Silber. 136/15 Der Vorstand.

Ein tüchtiger Maschinenschlosser

welcher nachweislich längere Zeit auf Werkzeugmaschinen gearbeitet, kann sich melden in Lichtenberg, Dersbergstr. 105/106. 24752

Achtung! Musikinstrumenten-Arbeiter!

Die Pianofabrik von Nieber & Co., Alexanderstr. 22 und Wallner Theaterstr. 26/27, ist wegen Differenzen für sämtliche Branchen gesperrt. 142/2* Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Achtung, Fliesenleger!

Gelipert bleiben der Firma Rosenfeld & Comp. sämtliche Bauten: Bau Schossov, Kurfürstendamm, Ede Wielandstraße. Schmoeh, Kurfürstendamm, Ede Reichertstraße. Ede Kuchobstr. Randergerstraße, Ede Kuchobstr. Dohrenlaufstraße 39 und 41. Dardenbergstr. 14 und 17. Rager-Biehof, Lichtenberg. Landsberger Allee 28. Charlottenburg, Bismarckstr. 8 und 12. Ansebeststraße, Ede Lichtenburgerstraße. Lichtenstein-Allee 3a. Weimaverstr. 18. Der Firma Villroy & Boch sämtliche Bauten gesperrt: Bau Dardenbergstraße, Ede Steinplatz, zwei Bauten. Dohrenlaufstraße, Ede Lichtenburgerstraße. Hoff, Spandauerstraße. Regenburgerstr., Ede Pragerstr. Dohrenlaufstraße, Ede Schwabacherstraße. Sämtl. Bauten der Firma Emil Endo: Bau Seestraße, Ruder-Industrie. Rager-Biehof, Lichtenberg. Dresdenerstraße 122. Pragerstr., Ede Kuchobstr. Schwabacherstr., Ede Martin Uferstr. Dohrenlaufstr., die Schule. Waingetirthe, Rixdorf. Die Bauten der Firma Siebko, Steglitz, bleiben sämtlich gesperrt. NB. Die Kollegen, welche zu dem neuen Tarif arbeiten, haben sich eine gelbe Arbeitsberechtigungskarte von der Kommission zu holen; ebenfalls sind Bewerber und Antrager an dieselbe zu richten. 56/17 Die Kommission. Dragonerstraße 15 bei Patt. Tel.: Amt III, 5028.

Achtung, Maurer!

In Coppenia ist das Baugeschäft Lazne u. Vauch für sämtliche organisierte Maurer, Putzer und Fasser auf allen Bauten gesperrt. 136/15 Der Vorstand.